

Ge-
ben
sel,
ten
es-
nn,
it)

Familienrecht Schadensrecht Anwaltshaftung

von

Maria Giovanna Cubeddu Wiedemann, Peter Kindler,
Giorgio Berlingieri, Robert Rudek



C.F. Müller

Zitiervorschlag:
Jahrbuch für Italienisches Recht 31 (2018) S. oder JbItalR 31 (2018) S.

Anschrift der Redaktion:
Prof. Dr. Michael Stürner
Universität Konstanz
Lehrstuhl für Bürgerliches Recht,
Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung
Fach 109
78457 Konstanz

E-Mail-Adresse der Redaktion:
michael.stuerner@uni-konstanz.de

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

ISBN 978-3-8114-4838-4

E-Mail: kundenservice@cfmueller.de
Telefon: +49 89 2183 7923
Telefax: +49 89 2183 7620
www.cfmueller.de

© 2019 C.F. Müller GmbH, Waldhofer Straße 100, 69123 Heidelberg

Dieses Werk, einschließlich aller seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Satz: Gottemeyer, Rot
Druck: CPI Clausen & Bosse, Leck

Der vorliegende
des XXVII.
e tedeschi u
italienischer
Weitere Re
auch die Re
2018 in Dü
gen im itali
Giovanna C
die neuen I
Beiträge be
Concordia
eminent wi
versicherur

Die Beiträ
wichtigen I
dersetzung
Bezug auf
eines in D
Stürner) bi
des Vertra
schen Stral
Whistleblo

Auch diese
katur und
verkehr. Si
gen versch
Noemie N
zeichnen I
wortlich. I
Jahren in
bridge) kc
Köln, ver
stud. iur. J

Allen gilt
dem Verlk
ragende v

Konstanz,

Controlimiti als Integrationsfaktor für die Europäisierung von Strafrecht

I. Einleitung

Die europäische Integration im Strafrecht nahm im Jahr 2017 entscheidende normative Hürden.¹ So wurde im Sommer die Richtlinie zum Schutz der finanziellen Interessen der Union geschaffen, welche für die Mitgliedstaaten verschiedene Mindestvorgaben an Straftatbeständen und -sanktionen zum Schutz der Unionsfinanzen bereithält.² Im Herbst gelang die Errichtung der in Art. 86 AEUV vorgesehenen Europäischen Staatsanwaltschaft mittels Verordnung infolge der Verstärkten Zusammenarbeit einer Reihe von Mitgliedstaaten.³ Schließlich stellte die Europäische Kommission gegen Jahresende verschiedene Maßnahmen vor, um die Betrugsanfälligkeit des Mehrwertsteuersystems in der Union zu verringern und die Ermittlungen sowie deren Koordination von Steuer- und Strafverfolgungsbehörden auf nationaler und unionaler Ebene zu fördern.⁴

Die Effizienzerhöhung im Kampf gegen die Kriminalität wirtschafts- und steuerrechtlicher Natur⁵, die durch die Europäisierung des Strafrechts⁶ gerade in jüngerer Zeit in vielfältiger Weise etabliert wird, geht jedoch mit einem (institutionellen) Un-

1 Allgemein zur Thematik aus strafrechtlicher Perspektive: *Grasso*, Strafrecht und die Europäische Integration, Jahrbuch für Italienisches Recht 20 (2007), S. 141 ff.; vgl. ferner auch *von Danwitz*, Der Vertrag von Lissabon und der Fortgang der europäischen Integration, Jahrbuch für Italienisches Recht 21 (2008), S. 3 ff.

2 Richtlinie (EU) 2017/1371 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5.7.2017 über die strafrechtliche Bekämpfung von gegen die finanziellen Interessen der Union gerichtetem Betrug, ABl. EU L 198/29 vom 28.7.2017; für ausführliche Besprechung vgl. *Stefano M. Ronco*, Reati tributari e interesse finanziario dell'Unione Europea, in: *Gaito/Romano/Ronco/Spangher* (Hrsg.), *Digesto delle Discipline Penalistiche – Decimo Aggiornamento*, Torino 2018, S. 613 ff. sowie *Staffler*, Schutz der finanziellen Interessen der Union mittels Strafrechts, *ZfRV* 2018, 52, 56 ff. mit einer Gegenüberstellung zu den Vorgaben der Vorgängervorschriften (PIF-Rechtsakte).

3 Verordnung (EU) 2017/1939 des Rates vom 12.10.2017 zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit zur Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUStA), ABl. EU L 283/1 vom 31.10.2017; ausführliche Darstellungen in deutscher Sprache bei *Brodowski*, Die Europäische Staatsanwaltschaft – Eine Einführung, *StV* 2017, 684; *Hummer*, Die Errichtung der „Europäischen Staatsanwaltschaft“ als bisher letzter Fall einer „verstärkten Zusammenarbeit“ in der EU, *ZfRV* 2018, 4 sowie *Meyer/Van der Stroom*, Die Europäische Staatsanwaltschaft, *EuZ* 2018, 40, 42 ff.; in italienischer Sprache etwa *Salazar*, Habemus EPPO! La lunga marcia della Procura europea, *Archivio penale online* vom 19.10.2017.

4 Vgl. *Hummer*, *ZfRV* 2018, 4, 12 f.

5 Zu den einzelnen Kriminalitätsbereichen des Europäischen Strafrechts siehe die Übersicht bei *Böse*, in: ders. (Hrsg.), *Enzyklopädie Europarecht Bd. 9: Europäisches Strafrecht mit polizeilicher Zusammenarbeit*, Baden-Baden 2013, § 4 Rn. 4 ff. sowie zusammenfassend bei *Zeder*, *Europastrafrecht im Wandel*, *JRP* 2009, 172, 173 f.

6 Zum Begriff der Europäisierung des Strafrechts im Lichte des italienischen Schrifttums: *Grasso*, *Jahrbuch für Italienisches Recht* 20 (2007), S. 141, 152 f.

gleichgewicht zur Wahrung der Verteidigungsrechte einher. Daran ändern auch die normativen Bekenntnisse zur Grundrechtsbindung der Strafverfolgungsorgane und den vorhandenen Rechtsschutzmöglichkeiten wenig. Denn trotz der wichtigen Weiterentwicklung von Beschuldigtenrechten, etwa der in Umsetzung des Fahrplans zur Stärkung der Verfahrensrechte von Verdächtigen und Beschuldigten⁷ geschaffener Rechtsakten⁸, fehlt es an konkreten Schritten für einen substantiellen Ausbau der Europäisierten Strafverteidigung.⁹

Deshalb verwundert es kaum, dass der strafrechtliche Ausbau der unionsrechtlichen Schlagkraft nationale Verfassungsgerichte auf den Plan ruft, gerade wenn Verteidigungsrechte des Einzelnen auf dem Spiel stehen. Davon zeugte bereits 2014 die innerstaatliche Rezeption des Melloni-Urteils, die im Kontext des Europäischen Haftbefehls ergangen ist. Der EuGH hatte 2013 in seiner Entscheidung einer konsolidierten innerstaatlichen Rechtsprechung des spanischen Tribunal Constitucional zu Grundrechtsgarantien bei Abwesenheitsurteilen unter Verweis auf den Vorrang von Unionsrecht eine Absage erteilt, weil letztlich der Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung durch den höheren nationalen Grundrechtsschutzstandard unterminiert worden wäre. Das spani-

7 Entschließung des Rates vom 30.11.2009 über einen Fahrplan zur Stärkung der Verfahrensrechte von Verdächtigen oder Beschuldigten im Strafverfahren, ABl. (EU) C 295/1 vom 4.12.2009; vgl. auch Zeder, Europastrafrecht, Vertrag von Lissabon und Stockholmer Programm: Mehr Grundrechtsschutz?, EuR 2012, 34, 59, der treffend darauf hinweist, dass gerade die Pläne zur Errichtung einer Europäischen Staatsanwaltschaft ein hohes Risiko bergen, dass die Errungenschaften eines fairen Verfahrens einer erhöhten Effizienz der Strafverfolgung geopfert werden – gerade wenn hier keine Strafgerichtsbarkeit auf europäischer Ebene geschaffen wird.

8 Richtlinie (EU) 2010/64 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20.10.2010 über das Recht auf Dolmetscherleistungen und Übersetzungen in Strafverfahren, ABl. (EU) L 280/1 vom 26.10.2010; Richtlinie (EU) 2012/13 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22.5.2012 über das Recht auf Belehrungen und Unterricht im Strafverfahren, ABl. (EU) L 142/1 vom 1.6.2012; Richtlinie (EU) 2013/48 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22.10.2013 über das Recht auf Zugang zu einem Rechtsbeistand in Strafverfahren und in Verfahren zur Vollstreckung des Europäischen Haftbefehls sowie über das Recht auf Benachrichtigung eines Dritten bei Freiheitsentzug und das Recht auf Kommunikation mit Dritten und mit Konsularbehörden während des Freiheitsentzugs, ABl. (EU) L 294/1 vom 5.11.2013; Richtlinie (EU) 2016/343 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9.3.2016 über die Stärkung bestimmter Aspekte der Unschuldsvermutung und das Recht auf Anwesenheit in der Verhandlung in Strafverfahren, ABl. (EU) L 65/1 vom 10.3.2016; RL (EU) 2016/800 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11.5.2016 über Verfahrensgarantien in Strafverfahren für Kinder, die Verdächtige oder beschuldigte Personen in Strafverfahren sind, ABl. (EU) L 132/1 vom 21.5.2016; Richtlinie (EU) 2016/1919 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26.10.2016 über Prozesskostenhilfe für Verdächtige und beschuldigte Personen in Strafverfahren sowie für gesuchte Personen in Verfahren zur Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls, ABl. (EU) L 297/1 vom 3.11.2016.

9 Vgl. dazu *Schünemann*, Mindestbedingungen einer effektiven Verteidigung in transnationalen europäischen Strafverfahren, StV 2016, 178. Im Zuge der Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft hält das Schrifttum eine Stärkung der Verteidigungsrechte – gerade vor dem Hintergrund der problematischen Rechtsschutzmöglichkeiten; vgl. hierzu die Kritik von *Böse*, Die Europäische Staatsanwaltschaft „als“ nationale Strafverfolgungsbehörde? Kritik eines neuen Rechtsschutzmodells, JZ 2017, 82 ff. – für dringlich geboten: *Brodowski*, StV 2017, 684, 692; *Meyer/Van der Stroom*, EuZ 2018, 40, 63 f.; Instrukтив auch *Rackow*, in: *Böse* (Hrsg.), Enzyklopädie Europarecht Bd. 9: Europäisches Strafrecht mit polizeilicher Zusammenarbeit, Baden-Baden 2013, § 23 Rn. 6 ff. mit konkreten Vorschlägen zur Institutionalisierung europäischer Strafverteidigung (Rn. 10 ff.); vgl. auch die jüngste Initiative der European Criminal Bar Association bei *Asselineau*, Agenda 2020: A new Roadmap on minimum standards of certain procedural safeguards, NJECL 2018, 184, 185 ff.

sche V
allerdi
den hy
Verfas

In den
– nicht
intensi
schen
die ve
sen in
Schutz
lichen
den d:
Contra
zurück
aufgez

10 Ausl
EuG
ña, S
EuG
nale
costi

11 Sow
1964
„Co
EMI
Wor
costi
nisch

12 Eine
des
loro
e dif
fest,
pa-,
entw
rung
Kont
Dirit
sowie
pea e
pena
insbe
ren g
Raffe
Hür
ZÖR

13 Nach
(Hrs
und

sche Verfassungsgericht nahm die Ausführungen des EuGH zur Kenntnis, unterstrich allerdings in der eigenen Urteilsbegründung seine Letztentscheidungskompetenz für den hypothetischen Extremfall unüberbrückbarer Differenzen zwischen Unions- und Verfassungsrecht.¹⁰

In den italienischen Strafrechtswissenschaften stieß die Entwicklung auf Unionsebene – nicht zuletzt durch die Taricco I-Entscheidung des EuGH aus dem Jahr 2015 – eine intensive Auseinandersetzung mit den verfassungsrechtlichen Grenzen der europäischen Integration im Strafrecht an. Im Zentrum der Debatte standen insbesondere die unionsrechtlichen Grenzen, die den unionsrechtlichen Eingriffsbefugnissen in Form von Grundrechtsbeschränkungen durch den Einsatz von Strafrecht zum Schutz der finanziellen Interessen der Union Einhalt gebieten. Die verfassungsrechtlichen Schranken setzen unionsrechtlichen Grundrechtseingriffen Grenzen und werden daher „Schranken-Schranken“¹¹, im Italienischen „Controlimiti“ genannt. Die Controlimiti-Theorie¹² blickt dabei auf eine lange italienische Verfassungstradition zurück und wurde nicht nur mehrfach durch die Corte Costituzionale perspektivisch aufgezeigt, sondern bereits konkret angewendet.¹³

10 Ausführlich *Herzmann*, Das spanische Verfassungsgericht und der Fall Melloni. Konsequenzen des EuGH-Urteils aus Sicht seines Adressaten – zugleich Anmerkung zu Tribunal Constitucional de España, STC 26/2014, v. 13.2.2014, EuGRZ 2015, 445, 447 ff.; allgemein zur spanischen Vorlagepraxis an den EuGH: *Crivetti*, La tutela dei diritti fondamentali tra il ricorso diretto individuale alla Corte costituzionale e il ricorso a Strasburgo: Spunti di riflessione per il sistema italiano, in: *Alle frontiere del diritto costituzionale. Scritti in onore di Valerio Onida*, Milano 2011, S. 541, 558 ff.

11 Soweit ersichtlich, wurde der Begriff „Schranken-Schranke“ erstmals von *Bettermann* in seinem 1964 gehaltenen Vortrag verwendet: *Bettermann*, Grenzen der Grundrechte, 1968, S. 6 f.; der Begriff „Controlimiti“ wird bisweilen als „Integrationschranken“ übersetzt, etwa bei *Woelk*, Der Schutz von EMRK- und Unionsgrundrechten in Italien, ZÖR 68 (2013), 531, 534; oder – nahe am italienischen Wortlaut – als „Gegenbeschränkungen“ von *Tizzano*, Der italienische Verfassungsgerichtshof (Corte costituzionale) und der Gerichtshof der Europäischen Union, EuGRZ 2010, 1, 4 bezeichnet; zum italienischen Controlimiti-Begriff siehe auch weiter unten in Fußnote 115.

12 Eine Einführung zur verfassungsrechtlichen Controlimiti-Doktrin anlässlich der Taricco-Entscheidung des EuGH findet sich bei *Bernardi*, Presentazione. I controlimiti al diritto dell'Unione europea e il loro discusso ruolo in ambito penale, in: *Bernardi* (Hrsg.), I controlimiti. Primato delle norme europee e difesa dei principi costituzionali, Napoli 2017, S. VII ff. Der Autor hält in seiner Einführung treffend fest, dass die Schranken-Schranken-Theorie in verschiedenen Rechtsgebieten (z.B. Verfassungs-, Europa-, Völker und auch Strafrecht) und auch gegenüber verschiedenen Gerichten (z.B. EGMR, EuGH) entwickelt wurde (S. X ff.). Angesichts dieser Heterogenität der Controlimiti erscheint die Präzisierung notwendig, dass der gegenständliche Beitrag seinen Schwerpunkt auf die Controlimiti-Doktrin im Kontext von Gemeinschafts- und Unionsrecht setzt; einführend zu den Controlimiti auch *De Vergottini*, Diritto costituzionale, 9. Aufl., Milano 2017, S. 66 ff. (unter Bezugnahme auf die Taricco-Saga auf S. 68) sowie die demnächst erscheinenden Sammelbände von *Amalfitano* (Hrsg.), Primato dell'Unione europea e controlimiti alla prova della „saga Taricco“, Milano 2018 und *Donini/Foffani* (Hrsg.), La „materia penale“ tra diritto nazionale ed europeo“, Torino 2018; aus dem deutschsprachigen Schrifttum siehe insbesondere *Happacher*, Der italienische Verfassungsgerichtshof und das Vorabentscheidungsverfahren gemäß Art. 234 EGV: neue Entwicklungen, Jahrbuch für Italienisches Recht 22 (2009), S. 149, 151; *Raffener*, Jenseits der Staatenimmunität im deutsch-italienischen Staatenimmunitäten-Fall: Wege und Hürden nach dem Urteil der Corte costituzionale, ZaöRV 76 (2016), 451, 454 ff., sowie bei *Woelk*, ZÖR 68 (2013), 531, 540 f.

13 Nach der Systematik von *Grabenwarter*, Staatliches Unionsverfassungsrecht, in: von Bogdandy/Blast (Hrsg.), Europäisches Verfassungsrecht. Theoretische und dogmatische Grundzüge, 2. Auflage, Berlin und Heidelberg 2009, S. 121, 124, reiht sich Italien damit in die Rechtsordnungen (wie Deutschland,

Die Europäisierung des Strafrechts rückt somit auch die Schranken-Schranken in den Fokus der Strafrechtswissenschaften,¹⁴ weshalb diese verfassungsrechtliche Grenzziehung aus italienischer Perspektive näher beleuchtet wird.

Ausgangspunkt der Untersuchung ist die Controlimiti-Drohung durch die Corte Costituzionale im Taricco II-Verfahren (II.). Sodann wird auf das Verhältnis von Verfassungs- und Unionsrecht eingegangen (III.). Dabei werden die innerstaatlichen Rechtsquellen zur europäischen Integration und daran anschließend die Auffassungen von Corte Costituzionale sowie EuGH vorgestellt. Anschließend erfolgt die Darstellung der Controlimiti-Doktrin (IV.), wo zunächst die Entwicklungen der Verfassungsrechtsprechung nachgezeichnet werden, bevor auf inhaltliche Aspekte und die konkrete Anwendungspraxis von Controlimiti-Verfahren eingegangen wird. Im Schlussteil (V.) wird auf die Frage eingegangen, welchen Beitrag Controlimiti für die Europäisierung des Strafrechts leisten können.

II. Die Taricco-Saga

Den Anlass für die Auseinandersetzung mit der sog. Schranken-Schranken-Dogmatik italienischer Prägung liefert das Taricco II-Verfahren¹⁵ vor der Großen Kammer des EuGH. Das Vorabentscheidungsverfahren, das durch die Corte Costituzionale im Wege eines beschleunigten Verfahrens nach Art. 105 EuGH-VerfO¹⁶ initiiert worden war,¹⁷ nahm seinen Ausgang in der Taricco I-Entscheidung des EuGH von 2015, mit der die Große Kammer über die Vereinbarkeit der innerstaatlichen absoluten Ver-

Dänemark und Belgien), die einen begrenzten Vorrang des Gemeinschaftsrechts vor dem Verfassungsrecht vorsehen.

- 14 Für einen Überblick zum Meinungsstand vgl. die Sammelbände von Amalfitano (oben N. 12); Bernardi (Hrsg.), *I controlimiti. Primato delle norme europee e difesa dei principi costituzionali*, Napoli 2017 sowie Donini/Foffani (oben N. 12).
- 15 EuGH (GK), Urteil vom 5.12.2017, Rs. C-42/17 – M.A.S. und M.B./Italien, ECLI:EU:C:2017:936 (= NJW 2018, 217); vgl. dazu die Besprechungen von *Burchardt*, Kehrtwende in der Grundrechts- und Vorrangrechtsprechung des EuGH?, *EuR* 2018, 248; *Kokott*, Bedeutung und Wirkungen deutscher und europäischer Grundrechte im Steuerstrafrecht und Strafverfahren, *NZWiSt* 2017, 409 (411 f.); *Lehofer*, Schutz finanzieller Interessen der EU und Grundsatz der Gesetzmäßigkeit im Zusammenhang mit Straftaten, *ÖJZ* 2018, 94; *Meyer*, *JZ* 2018, 304; *Pilz*, Innerstaatliche Verjährung bei Strafverfahren wegen Mehrwertsteuerstraftaten, *NJW* 2018, 221; *Ruffert*, Europarecht: Vorrang des Unionsrechts und Grundrechtsschutz, *JuS* 2018, 496; *Spilker/Tumpel*, Das Gesetzmäßigkeitsprinzip im Lichte der EuGH-Rechtsprechung, *ZWF* 2018, 201 ff.; *Wegner*, Rückwirkungsverbot bei Verdrängung nationalen Rechts durch unmittelbar anwendbares Unionsrecht, *wistra* 2018, 107 sowie ausführlich *Staffler*, Strafgesetzmäßigkeit im Dialog zwischen Verfassungs- und Unionsrecht, *ZStW* 130 (2018), S. 1147 (171 ff.) sowie *ders.*, Verfassungsidentität und strafrechtliche Verjährung, *EuGRZ* 2018, 613 ff.
- 16 Instrukтив *Wägenbaur*, Satzung und Verfahrensordnung des Gerichtshofs und des Gerichts der Europäischen Union, 2. Aufl., München 2017, S. 224.
- 17 Corte Costituzionale, Beschluss vom 26.1.2017, n. 24; ausführliche Analysen zum gegenständlichen Vorlagebeschluss bietet der Sammelband von Bernardi/Cupelli (Hrsg.), *Il caso Taricco e il dialogo tra le Corti. L'ordinanza 24/2017 della Corte Costituzionale*, Napoli 2017. Im Übrigen handelt es sich um das erste Vorabentscheidungsverfahren des italienischen Verfassungsgerichts, das zu einem strafrechtlichen Kontext an den EuGH herangetragen wurden: *Marinucci/Dolcini/Gatta*, *Manuale di Diritto penale. Parte Generale*, 6. Aufl. 2017, S. 54.

jährungsfrist bei Strafverfahren für Mehrwertsteuerbetrug mit den Grundsätzen der Union zu entscheiden hatte.¹⁸ Ziel des Taricco II-Vorlagebeschlusses durch das Verfassungsgericht war die Revision der EuGH-Entscheidung von 2015.¹⁹

1. Taricco I (Rs. C-105/14)

Gegenstand der Taricco I-Entscheidung war die absolute Verjährungsfrist des italienischen Strafrechts. Im Lichte des Art. 325 AEUV und in Fortführung der Åkerberg Fransson²⁰-Rechtsprechung (s.u. III.3.b) unterstrich der EuGH die Bedeutung des Einsatzes von Strafrecht – und insbesondere die Androhung von Freiheitsstrafen – zur Repression des organisierten transnationalen Mehrwertsteuerbetrugs. Würden nationale Vorschriften die Effektivität von Unionsrecht unterminieren, weil etwa eine zu kurze absolute Verjährungsfrist in Mehrwertsteuerstraftaten häufig zu Freisprüchen führt, so habe das Unionsrecht dem nationalen Recht auch dann vorzugehen, wenn dadurch das innerstaatliche Schutzniveau für den Beschuldigten – konkret in Form der Aufhebung der absoluten Verjährungsfrist – abgesenkt werde. In der Folge trug der EuGH dem Vorlagegericht von Cuneo²¹ auf, zu prüfen, ob „in einer beträchtlichen Anzahl von Fällen Taten, die einen schweren Betrug begründen, nicht strafrechtlich geahndet werden, weil sie im Allgemeinen verjährt sind, bevor die vom Gesetz vorgesehene strafrechtliche Sanktion durch eine endgültige gerichtliche Entscheidung verhängt werden kann“²². Sollte dies der Fall sein, so sei das Tatgericht verpflichtet, die betreffenden Regelungen zur absoluten Verjährungspflicht unangewendet zu lassen, um dem Unionsrecht zur vollen Wirksamkeit zu verhelfen. Dabei betonte der EuGH, dass das Tatgericht die Nicht-Anwendung direkt vorzunehmen hat und nicht verpflichtet sei, die Beseitigung der betreffenden Bestimmung durch Gesetzgebung oder ein anderes verfassungsrechtliches Verfahren zu beantragen.²³

18 EuGH (GK), Urteil vom 8.9.2015, Rs. C-105/14 – Taricco u.a./Italien, ECLI:EU:C:2015:555 = NZWiSt 2015, 390.

19 Manes, Some lessons from the Taricco saga, NJECL 2018, 12 f. spricht in diesem Zusammenhang von der Taricco-Trilogie (Taricco I – Vorlagebeschluss des Verfassungsgerichts – Taricco II-Urteil), die wesentlich zur Entwicklung des Europäischen Strafrechts, aber auch des Verhältnisses von EuGH und nationalen Verfassungsgerichten beigetragen hat.

20 EuGH (GK), Urteil vom 26.2.2013, Rs. C-617/10 – Åkerberg Fransson, ECLI:EU:C:2013:105 = JZ 2013, 613 mit Anm. Dannecker; zur Fortentwicklung der Åkerberg Fransson-Entscheidung in der Rechtsprechung des EuGH vgl. Edenharter, Grundrechtsschutz in föderalen Mehrebenensystemen. Inspiration des EU-Grundrechtsschutzes durch die Grundrechtsentwicklung in Deutschland und der Schweiz sowie durch die EMRK, Tübingen 2018, 703 ff. m.w.N.

21 Zum Vorlagebeschluss des Landesgerichts von Cuneo vgl. Febbo, Sentenza Taricco e „Post Taricco“: Art. 25 co. 2 Cost. come controlimite?, in: Manna (a cura di), Il principio di stretta legalità tra giurisprudenza nazionale e comunitaria, Pisa 2016, S. 113 f.

22 EuGH (GK), Urteil vom 8.9.2015, Rs. C-105/14 – Taricco u.a., Rn. 47, ECLI:EU:C:2015:555; kritisch zu dieser kriminalpolitischen Bewertung, die der EuGH den Tatgerichten aufträgt: Staffler, Kriminalpolitische Kontrollbefugnis von Tatgerichten beim Schutz finanzieller Interessen der EU im Lichte der Gewaltenteilung, ZfRV 2016, 4 ff.

23 EuGH (GK), Urteil vom 8.9.2015, Rs. C-105/14 – Taricco u.a., Rn. 49, ECLI:EU:C:2015:555.

Während die Taricco I-Entscheidung im deutschsprachigen Schrifttum zunächst wenig beachtet wurde²⁴, finden sich in der italienischen Literatur eine schier unüberschaubare Anzahl an Stellungnahmen zum EuGH-Urteil.²⁵ Die überwiegend ablehnenden Stellungnahmen fußten dabei auf der nahezu²⁶ einhelligen Auffassung der italienischen

- 24 Vgl. etwa die Besprechungen von *Bülte*, Anwendungsvorrang und Gesetzmäßigkeitsprinzip im europäisierten Strafrecht und Strafverfahrensrecht, NZWiSt 2015, 396; *Gaede*, Das Erwachen der Macht? Die europäisierte Funktionstüchtigkeit der Strafrechtspflege, wistra 2016, 89; *Meyer*, Die Bindung der EU-Mitgliedstaaten an die Grundrechtecharta in einer europäisierten Strafrechtspflege, ZStW 128 (2016), 1089, 1132 f. und insb. Fußnote 182 sowie *Staffler*, ZfRV 2016, 4.
- 25 Ohne Anspruch auf Vollständigkeit: *Albano*, Il termine assoluto (o relativo?) di prescrizione dei reati tributari alla luce della sentenza Taricco: profili sistematici, Rivista di diritto tributario 2016, 45; *Bargi*, Il singolare funambolismo interpretativo dei rapporti tra diritto dell'UE, diritto nazionale e tutela dei diritti fondamentali nella sentenza 'Taricco' della Corte di giustizia dell'Unione europea, Archivio della nuova procedura penale 2016, 327; *Bartole*, La Corte Europea di Giustizia fra Taricco e Aranyosi, Giurisprudenza costituzionale 2016, 1562; *Camon*, La torsione d'un sistema. Riflessioni intorno alla sentenza Taricco, Archivio della nuova procedura penale 2016, 2; *Civello*, Il 'dialogo' fra le quattro corti: dalla sentenza 'Varvara' (2013) della CEDU alla sentenza 'Taricco' (2015) della CGUE, Archivio penale 2015, 783; *Cupelli*, Spunti dal caso Taricco, fra Corte di Giustizia e Corte costituzionale, Lo stato 2016, 199; *ders.* Il caso Taricco e il controlimito della riserva di legge in materia penale, Giurisprudenza costituzionale 2016, 419; *Faggiani*, Ius puniendi europeo v. controlimiti. Riflessioni a margine del caso Taricco, Studi sull'integrazione europea 2016, 509; *Falato*, 'Garantismo': diritto e diritti nel 'dialogo' tra Corte e Corti. A proposito della sentenza Taricco, La giustizia penale 2016, 41; *Febbo*, in: Manna (oben N. 21), S. 113, 116 f., 120 ff.; *Maiello*, Prove di resilienza del nullum crimen: Taricco versus controlimiti, Cassazione penale 2016, 1250; *Manacora*, La prescrizione delle frodi gravi in materia di IVA: note minime sulla sentenza Taricco, Archivio penale 2015, 867; *Manna*, Il difficile dialogo fra Corti Europee e Corti Nazionali nel diritto penale: il caso 'Taricco', Archivio penale 2016, 673; *Mobilio*, Dal caso Taricco al redde rationem tra Corte di Giustizia e Corte costituzionale, Quaderni costituzionali 2015, 1009; *Negri*, Il dito della irretroattività sfavorevole e la luna della garanzia giurisdizionale: la posta in gioco dopo la sentenza della Corte di Giustizia UE, 'Taricco', Archivio penale 2016, 645; *Paonessa*, 'Lo strano caso Taricco', ovvero le garanzie del 'tempore cedere' alla mercé di una eccentrica decisione europea?, Criminalia 2015, 249; *Ricci*, La sentenza Taricco e i 'controlimiti' al diritto europeo, Annali 2016, 401; *Ronco/Caruso*, in: Ronco/Ambrosetti/Mezzetti, La legge penale, 3. Aufl. 2016, S. 1, 30 ff.; *Rossi*, La sentenza Taricco della Corte di Giustizia e il problema degli obblighi di disapplicazione in malam partem della normativa penale interna per contrasto con il diritto UE, Diritto penale e processo 2015, 1563; *ders.* L'obbligo di disapplicazione in malam partem della normativa penale interna tra integrazione europea e controlimiti. La problematica sentenza Taricco della Corte di Giustizia, Rivista italiana di diritto e procedura penale 2016, 376; *Salvatore*, Il dialogo tra le Corti alla luce della sentenza Taricco: riflessioni in tema di responsabilità ex d.lgs. 231/2001, La Responsabilità amministrativa delle società e degli enti 2016, 265; *Serraino*, Dalla Corte di Giustizia Ue un 'provvidenziale' invito alla conversione. Prescrizione penale e ragionevole durata del processo all'indomani della 'sentenza Taricco', Studium iuris 2016, 698, 835; *Sgubbi*, Il principio di stretta legalità tra giurisprudenza nazionale e comunitaria, in: Manna (a cura di), Il principio di stretta legalità tra giurisprudenza nazionale e comunitaria, Pisa 2016, S. 133, 134 f.; *Vallini*, La portata della sentenza CGCE 'Taricco': un'interferenza grave in un sistema discriminatorio, Criminalia 2015, 295; *Viganò*, Il nullum crimen conteso: legalità 'costituzionale' vs. legalità 'convenzionale'?, in: Tordini Cagli (Hrsg.), Il rapporto problematico tra giurisprudenza e legalità, 2017, S. 9.
- 26 Soweit ersichtlich, regt lediglich die sog. Mailänder Schule an, das traditionelle italienische Verständnis zur strafrechtlichen Verjährung zu hinterfragen. So sieht *Viganò*, Supremacy of EU Law vs. (Constitutional) National Identity: A New Challenge for the Court of Justice from the Italian Constitutional Court, EuCLR 2017, 103, 119 (m.w.N. in Fußnote 51), keinen Grund für die Etablierung jenes Grundrechts, bereits zu Beginn der Tat zu wissen, wie lang die Strafverfolgungsbehörde eine Verfolgung für diese Straftat vornehmen darf – bzw. wie lang der Täter seine Tat verheimlichen muss, bevor die Verfolgbarkeit ausgeschlossen wird; *Marinucci/Dolcini/Gatta* (oben N. 18), S. 117 f. halten die Verlängerung einer noch nicht abgelaufenen Verjährungsfrist mit dem strafrechtlichen Rückwirkungsverbot – unter ausdrücklichem Verweis auf Taricco I und entgegen der Auffassung im Vorlagebeschluss der

Rechtsprechung und Literatur, der strafrechtlichen Verjährung materiell-rechtlichen Charakter zuzuschreiben.²⁷ Unter dieser Voraussetzung steht das strafrechtliche Rückwirkungsverbot der nachträglichen Verlängerung laufender Verjährungsfristen (infolge der Unanwendbarkeit absoluter Verjährungsvorschriften) entgegen. In der nationalen Rechtsprechung folgten einige höchstgerichtliche Urteile²⁸ zunächst nach den Vorgaben des EuGH, während die Corte di Appello di Milano wenige Tage nach dem Taricco I-Urteil²⁹ und die Corte di Cassazione knapp ein halbes Jahr später³⁰ ein Normkontrollverfahren (*giudizio in via incidentale*) vor der Corte Costituzionale initiierten,

Corte Costituzionale Nr. 24/2017 an den EuGH – für vereinbar, während sie die Verlängerung einer bereits abgelaufenen Verjährungsfrist unter das Rückwirkungsverbot stellen und im Ergebnis ablehnen; vgl. ferner auch *Bernardi*, Note critiche sull'ordinanza Taricco della Corte costituzionale, in: *Bernardi/Cupelli* (a cura di), Il caso Taricco e il dialogo tra le Corti. L'ordinanza 24/2017 della Corte Costituzionale, 2017, S. 17, 22 ff., wonach es nur schwer vereinbar erscheint, der Union eine Strafrechtskompetenz des Art. 325 AEUV einzuräumen und gleichzeitig die strafrechtliche Verjährung als ausschließlich nationale Gesetzgebungskompetenz anzusehen.

- 27 Ausdrücklich das Verfassungsgericht in seinem Vorlagebeschluss an den EuGH (oben N. 17), Rn. 8: „[...] la prescrizione in Italia appartiene al diritto penale sostanziale, e soggiace perciò al principio di legalità in materia penale.“; für das italienische Schrifttum vgl. etwa *Romano/Grasso/Padovani*, Commentario sistematico del codice penale, Bd. 3, 2. Auflage, Milano 2011, Art. 157 Rn. 2; *Panagia*, Prescrizione del reato e della pena, Digesto delle Discipline penalistiche, Bd. 9, Torino 1995, S. 659, 661; *Pisa*, Eintrag „Prescrizione (dir. pen.)“, in: *Enciclopedia del diritto*, Bd. 35, Milano 1986, S. 78, 79; aus dem deutschsprachigen Schrifttum: *Jarvers*, in: *Sieber/Cornils* (Hrsg.), Nationales Strafrecht in rechtsvergleichender Darstellung, Allgemeiner Teil, Band V: Gründe für den Ausschluss der Strafbarkeit, Aufhebung der Strafbarkeit, Verjährung, 2010, S. 601. Auch in Österreich wird der materiell-rechtliche Charakter der strafrechtlichen Verjährung betont, vgl. *Marek*, in: *Höpfel/Ratz* (Hrsg.), Wiener Kommentar zum StGB, 2. Auflage, Wien, Vorbemerkungen zu §§ 57 ff. Rn. 1 ff. sowie *Schallmoser*, in: *Triffterer/Rosbaud/Hinterhofer* (Hrsg.), Salzburger Kommentar zum Strafgesetzbuch, Wien, Vorbemerkungen zu §§ 57 ff. Rn. 25. In Deutschland hingegen wird die strafrechtliche Verjährung nach herrschender Meinung als prozessrechtliches Verfolgungshindernis aufgefasst: vgl. *Mitsch*, in: *Münchener Kommentar zum StGB*, 3. Auflage, München 2016, § 78 Rn. 1; *Saliger*, in: *Kindhäuser/Neumann/Paeffgen* (Hrsg.), Strafgesetzbuch, 5. Auflage, Baden-Baden 2017, Vorbemerkungen zu §§ 78 ff. Rn. 4; *Sternberg-Lieben/Bosch*, in: *Schönke/Schröder* (Hrsg.), Strafgesetzbuch, 29. Auflage, München 2014, Vorbemerkungen zu §§ 78 ff. Rn. 3; jeweils m.w.N.; in diesem Fall betrifft eine rückwirkende Verlängerung der Verjährungsfrist das Rückwirkungsverbot nicht; diese Auffassung wurde allerdings jüngst durch *Asholt*, Verjährung im Strafrecht, 2017, S. 324 f., 706 in Frage gestellt. Zu den verschiedenen Einordnungen der rechtlichen Natur der strafrechtlichen Verjährung siehe auch *Manacorda*, The Taricco saga. A risk or an opportunity for European Criminal Law?, NJECL 2018, 4, 8 f.
- 28 Corte di Cassazione, Sezione III, Urteil vom 17.9.2015, n. 2210; vgl. dazu die Besprechungen von *Repetto*, La Cassazione sul caso Taricco, tra disapplicazione con effetti retroattivi in malam partem e mancata attivazione dei controllimiti, *Giurisprudenza costituzionale* 2016, 329; *Rossi*, La Cassazione disapplica gli artt. 160 e 161 c.p. dopo la sentenza Taricco, *Giurisprudenza italiana* 2016, 966 sowie *Viganò*, La prima sentenza della Cassazione post Taricco: depositate le motivazioni della sentenza della Terza Sezione che disapplica una prescrizione già maturata in materia di frodi IVA, *Diritto penale contemporaneo* vom 22.1.2016; auch in Corte di Cassazione, Sezione IV, Urteil vom 25.1.2016, n. 7914 wurden die Taricco I-Vorgaben bestätigt, deren Anwendbarkeit auf den vorliegenden Sachverhalt jedoch verneint.
- 29 Corte di Appello di Milano, Beschluss vom 18.9.2015.
- 30 Corte di Cassazione, Sezione III, Urteil vom 30.3.2016, n. 28346; vgl. dazu die Besprechung von *Febbo*, in: *Manna* (oben N. 21), S. 113, 125 ff.; *Magnanini*, Anche la Cassazione sollecita la Corte costituzionale ad azionare i „controllimiti“ avverso la primauté del diritto eurounitario, *Rivista di diritto finanziario e scienza delle finanze* 2016, 124.

um die Reichweite der Taricco I-Vorgaben im Lichte des Gesetzlichkeitsgrundsatzes zu klären.³¹

2. Taricco II (Rs. C-42/17)

Das italienische Verfassungsgericht entschied, die brisante Frage im Wege eines Vorabentscheidungsverfahrens an den EuGH weiterzureichen,³² damit in Luxemburg die Taricco I-Entscheidung neu ausgerichtet wird. Gleichzeitig bezogen die italienischen Verfassungsrichter im Vorlagebeschluss eine klare Position gegen die Taricco I-Inhalte, wobei sie letztlich mit einem Controlimiti-Verfahren drohten,³³ sollte der EuGH nicht bereit sein, von seiner bisherigen Position abzurücken. Die Corte Costituzionale spitzte ihre Vorlagefragen zur strafrechtlichen Verjährung im Lichte des Strafgesetzlichkeitsprinzips darauf zu, inwiefern Effektivität und Vorrang des Unionsrechts vor fundamentalen Prinzipien der Verfassung weichen müssen.³⁴

31 Für einen Überblick über die Rechtsprechung derartiger Normkontrollverfahren vor dem italienischen Verfassungsgerichtshof in Bezug auf Fragen des Gemeinschaftsrechts siehe *Happacher*, Jahrbuch für Italienisches Recht 22 (2009), S. 149, 151 ff., 153 f.; zum Normkontrollverfahren siehe *Woelk*, ZÖR 68 (2013), 531, 533 f.

32 Die Möglichkeit der Anrufung des EuGH durch die Corte Costituzionale wurde durch Letztere erst im Jahr 2008 bejaht: dazu: *Happacher*, Jahrbuch für Italienisches Recht 22 (2009), S. 149, 154, 158 f. sowie *Woelk*, ZÖR 68 (2013), 531, 548 f.; das spanische Tribunal Constitucional hat diesen Weg erst 2013 im Zuge der Rs. Melloni eingeschlagen: *Herzmann*, EuGRZ 2015, 443 m.w.N.

33 So betonte das Schrifttum noch vor nicht allzu langer Zeit, dass die Notwendigkeit des Rückgriffs auf die Controlimiti „spätestens seit Inkrafttreten der Grundrechtecharta am 1. Dezember 2009 aber kaum noch denkbar“ sei und „gegenwärtig nicht gedacht, sich jemals konkret zu realisieren“: *Caponi/Piekenbrock*, in: Riesenhuber (Hrsg.), Europäische Methodenlehre. Handbuch für Ausbildung und Praxis, 3. Aufl., Berlin u.a. 2015, § 26 Rn. 20, 23; kritisch, inwiefern mit Drohungen eine Kultur des Dialogs der Höchstgerichte etabliert werden kann: *Staffler*, EuGRZ 2018, 613 (618); nach dem Verfassungsrechtler *Roberto Bin* sollten Controlimiti grundsätzlich immer angedroht, aber nie angewendet werden: *Bin*, Taricco, una sentenza sbagliata: come venire fuori?, in Bernardi (oben N. 14), S. 291, 298 f.

34 Auch der Vorlagebeschluss der Corte Costituzionale wurde in der italienischen Literatur ausgiebig diskutiert, vgl. *Bernardi*, L'ordinanza ‚Taricco‘ della Corte costituzionale alla prova della ‚pareidolia‘, Rivista italiana di diritto e procedura penale 2017, 48; *Civello*, La consulta, adita sul caso ‚Taricco‘, ricorre alla Corte di Giustizia UE: orientamenti e disorientamenti nel c.d. ‚dialogo fra le corti‘, Archivio penale 2017, 148; *Cupelli*, Il caso ‚Taricco‘ e l'ordinanza 24 del 2017: prove di dialogo ‚a senso unico‘, Rivista italiana di diritto e procedura penale 2017, 266; *Faraguna*, Diritto UE e principio di legalità penale: il ‚caso Taricco‘ torna alla Corte di Giustizia, Studium iuris 2017, 532; *Gambardella*, Irretroattività e determinatezza della regola Taricco: la valutazione, nel rispetto del primato del diritto dell'Unione, spetta alla Corte costituzionale, Cassazione penale 2017, 1334; *Giunchedi*, La ‚regola Taricco‘ e il rapporto fra fonti europee, Archivio penale 2017, 397; *Lattanzi*, Il dialogo tra le Corti nei casi Melloni e Taricco, Cassazione penale 2017, 2131; *Luciani*, Intelligenti pauca. Il caso Taricco torna (contraffatto) a Lussemburgo, Giurisprudenza costituzionale 2017, 535; *Manes*, La Corte muove, e in tre mosse, dà scacco a ‚Taricco‘. Note minime dell'ordinanza della Corte costituzionale n. 24 del 2017, Bollettino tributario d'informazioni 2017, 333; *Martufi*, La minaccia dei controlimiti e la promessa del dialogo: note all'ordinanza n. 24 del 2017 della Corte costituzionale, Diritto penale contemporaneo vom 11.5.2017; *Palazzo*, La consulta risponde alla ‚Taricco‘: Punti fermi, anzi fermissimi, e dialogo aperto, Diritto penale e processo 2017, 285; *Pulitanò*, Ragioni della legalità. A proposito di Corte cost. n. 24/2017, Diritto penale contemporaneo 4/2017, 108; *Repetto*, Una ragionevole apologia della supremacy. In margine all'ordinanza della Corte costituzionale sul caso Taricco, Diritto pubblico 2017, 229; *Rossi*, Luci e ombre della reazione della Corte costituzionale alla sentenza Taricco, Giurisprudenza italiana 2017, 1425; *Sotis*: „Tra antigone e creonte io sto con porzia“, Diritto penale contemporaneo vom 3.4.2017; *Terrasi*, Note a margine dell'ordinanza della Corte costituzionale sul caso ‚Taricco‘: l'effetto delle norme dei trattati

Zur Ar
EuGH
und en
keitsgr
wenn d
fen we
des Ge

istitu
Le pi
in: B
Disp
35 Tats
Rich
geht
von
schei
ten s
gono
ZStV
36 GA
wese
u.a. d
mit l
von C
Yves
rale c
Cupe
dialo
overr
37 EuG
dazu
sarà
come
tribut
cazio
sente
Il tra
e il „
sente
2.2.20
Taric
nella
Diritt
zia ce
e leg
M.A.;
Schrii
2018,
2018,
and th
Giuff
and M
38 Eben

Zur Anwendung des Controlimiti-Verfahrens kam es nicht. Fallbezogen³⁵ revidierte der EuGH in einem äußerst diplomatisch gehaltenen Urteil³⁶ seine Taricco I-Entscheidung und entschied, dass eine Verjährungsverlängerung, sofern sie gegen den Gesetzlichkeitsgrundsatz verstößt, von den Tatgerichten nicht vorgenommen werden muss, „selbst wenn dadurch einer mit dem Unionsrecht unvereinbaren nationalen Sachlage abgeholfen werden könnte“³⁷. Gleichzeitig unterstrichen die Luxemburger Richter die Rolle des Gesetzgebers bei der Umsetzung der Zielvorgaben von Art. 325 AEUV.³⁸

istitutivi dell'UE sulla legge penale sostanziale, Diritti umani e diritto internazionale 2017, 308; *Viganò*, Le parole e il silenzio. Osservazioni sull'ordinanza n. 24/2017 della Corte costituzionale sul caso Taricco, in: *Bernardi/Cupelli* (oben N. 17), S. 475; auch in der Lehrbuchliteratur findet sich der Hinweis auf den Disput zwischen EuGH und Verfassungsgericht, vgl. *Marinucci/Dolcini/Gatta* (oben N. 17), S. 52 f.

35 Tatsächlich entwickelt der EuGH seine Abkehr von Taricco I nur für den Zeitraum vor der neuen Richtlinie (EU) 2017/1371 zum Schutz der finanziellen Interessen der Union vom 5.7.2017. Deshalb geht mit der Taricco II-Entscheidung keine Revision von der unionsrechtlichen Vorranggrundsatz oder von der im Taricco I-Verfahren aufgestellten tatgerichtlichen Prüfungsauftrag einher, sondern es erscheint sogar durchaus plausibel, dass für zukünftige Sachverhalte ein Taricco III-Verfahren abzuhalten sein wird: dazu *Lupo*, La sentenza europea c.d. Taricco-bis: risolti i problemi per il passato, rimangono aperti i problemi per il futuro, *Diritto penale contemporaneo* 12/2017, 103, 112 ff., 117 ff.; *Staffler*, *ZStW* 130 (2018), 1147 (1175 L) sowie *ders.*, *EuGRZ* 2018, 613 (616).

36 GA *Yves Bot* hatte in seinen Schlussanträgen vom 18.7.2017, Rs. C-42/17, ECLI:EU:C:2017:564 eine wesentlich härtere Gangart vorgeschlagen und empfohlen, zugunsten des unionsrechtlichen Vorrangs u.a. die strafrechtliche Verjährung als autonomen Begriff des Unionsrechts zu vereinnahmen und damit letztlich sämtliche Einwände des italienischen Verfassungsgerichts zu verwerfen. Die Argumente von GA *Bot* wurden im Schrifttum scharf kritisiert, vgl. nur *Bin*, Taricco: aspettando Godot, *leggiamo Yves Bot*, *Diritto penale contemporaneo* vom 20.11.2017; *Corso*, Le conclusioni dell'Avvocato Generale della Corte UE sulla vicenda Taricco: un contributo non risolutivo, *Corriere tributario* 2017, 2871; *Cupelli*, Le conclusioni dell'Avvocato Generale sul caso Taricco: aspettando la Corte di Giustizia...il dialogo (non) continua, *Diritto penale contemporaneo* vom 3.10.2017; vgl. ferner auch *Viganò*, *Melloni overruled? Considerations on the 'Taricco II' judgment of the Court of Justice*, *NJECL* 2018, 18, 20.

37 EuGH (GK), Urteil vom 5.12.2017, Rs. C-42/17 – M.A.S. und M.B., Rn. 61, ECLI:EU:C:2017:936; vgl. dazu die Besprechungen und Anmerkungen im italienischen Schrifttum: *Bin*, Taricco Tango. Quale sarà il prossimo passo?, *Forum Quaderni Costituzionali* vom 2.2.2018; *Donini*, Le sentenze Taricco come giurisdizione di lotta. Tra disapplicazioni „punitive“ della prescrizione e stupefacenti amnesie tributarie, *Diritto penale contemporaneo* vom 3.4.2018; *Longo*, Taricco-bis: un dialogo senza comunicazione, *Archivio penale online*, n. 1/2018; *Lupo*, Diritto penale contemporaneo 12/2017, 103; *ders.*, La sentenza Taricco-bis e i suoi effetti, *Forum Quaderni Costituzionali* vom 12.1.2018; *Manna/Di Florio*, Il trascorrere del tempo nel diritto penale: la prescrizione del reato tra le „criticità“ della disciplina e il „difficile dialogo“ tra CGUE e Corte Costituzionale, *AP* 2018, n. 1, online, 1, 16 ff.; *Marcenò*, La sentenza Taricco-bis. Conseguenze di una sovranità non decisa, *Forum Quaderni Costituzionali* vom 2.2.2018; *Orzan*, Interessi finanziari dell'UE e principio di legalità dei reati e delle pene: la sentenza Taricco II, *Giurisprudenza italiana* 2018, 22; *Riccardi*, La Corte di Giustizia tra „dialogo“ e „monologo“ nella „saga Taricco“: silenzi, fraintendimenti e surrettizie appropriazioni di competenze penali diretti, *Diritto penale contemporaneo* vom 28.3.2018; *Urbiniati*, L'epilogo di „Taricco bis“: la Corte di Giustizia cede all'ordinanza della Consulta, *Archivio penale online*, n. 3/2017; *Viganò*, Legalità „nazionale“ e legalità „europea“ in materia penale: i difficili equilibri della Corte di Giustizia nella sentenza M.A.S. („Taricco II“), *Rivista italiana di Diritto e procedura penale* 2017, 1281; aus dem deutschen Schrifttum hingegen vgl. die Nachweise in Fußnote 15; vgl. ferner auch die Stellungnahmen in *NJECL* 2018, Ausgabe 1, namentlich von *Manacorda*, *NJECL* 2018, 4; *Manes*, *NJECL* 2018, 12; *Viganò*, *NJECL* 2018, 18; *Sicurella*, Effectiveness of EU law and protection of fundamental rights. The questions settled and the new challenges after the ECJ decision in the M.A.S. and M.B. case (C-42/17), *NJECL* 2018, 24; *Giuffrida*, Taricco principles beyond Taricco. Some thoughts on three pending cases (Scialdone, Kofev and Menci), *NJECL* 2018, 31; *Misilegas*, Judicial dialogue in three silences, *NJECL* 2018, 38.

38 Ebenso *Manes*, *NJECL* 2018, 12, 15.

Der Konflikt wurde also vorerst entschärft, zumal das Verfassungsgericht im Anschluss an die Taricco II-Entscheidung kein Controlimiti-Verfahren initiierte.³⁹ Gleichwohl ließ der EuGH die Gelegenheit verstreichen, auf grundlegende Fragen näher einzugehen.⁴⁰ Offen bleibt etwa, ob der tatgerichtliche Nicht-Anwendungs-Auftrag der absoluten Verjährungsfristen für Sachverhalte einschlägig ist, die sich nach dem Erlass der Richtlinie (EU) 2017/1341 zum Schutz der finanziellen Interessen ereignet haben.⁴¹

Die Corte Costituzionale hingegen hat sich nach dem 2017 ergangenen Urteil der Großen Kammer abermals deutlich zur Taricco-Problematik geäußert. Der Auftrag, den der EuGH in der Taricco I-Entscheidung vorgegeben hatte, hätte dem Tatgericht eine kriminalpolitische Entscheidungskompetenz übertragen, welche nicht nur den institutionellen Auftrag eines Strafgerichts in verfassungswidriger Weise überschreiten würde, sondern sei bereits an sich mit dem Bestimmtheitsgrundsatz nicht vereinbar.⁴² Deshalb dürfen Tatgerichte den Prüfungsauftrag laut Taricco I – unabhängig vom Zeitpunkt der Tatbegehung – nicht anwenden, weil die Taricco-Vorgabe dem Bestimmtheitsgebot in Art. 25 Abs. 2 Cost. widerspricht.

Während sich also das italienische Verfassungsgericht vom Taricco I-Dictum verabschiedete, distanzierte sich der EuGH in Taricco II nur anlass- bzw. fallbezogen und ließ insbesondere offen, inwiefern die beanstandete tatgerichtliche Prüfungskompetenz nach Inkrafttreten der Richtlinie zum Schutz der finanziellen Interessen der Union nicht doch zur Anwendung kommen kann.⁴³ Ein erneutes Aufflammen der Taricco-

39 Corte Costituzionale, Urteil vom 31.5.2018 – n. 115, m. Anm. von *Hayo*, Sulla linea di confine tra politica e diritto e sul principio di legalità, penale e processuale, a margine del caso Taricco, Archivio penale, n. 2/2018, online; *Civello*, La sentenza n. 115/2018 della Consulta alla luce della „Taricco-bis“ della C.G.U.E., Archivio Penale, n. 2/2018, online; *Cupelli*, La Corte Costituzionale chiude il caso Taricco e apre a un diritto penale europeo ‚certo‘, Diritto penale contemporaneo vom 4.6.2018; *Donini*, Lettura critica di Corte costituzionale n. 115/2018, Diritto penale contemporaneo vom 11.7.2018. Vgl. ferner die Urteilsbesprechung von *Staffler*, EuGRZ 2018, 613 ff. sowie die Übersetzung des Urteilstextes in die deutsche Sprache in EuGRZ 2018, 685 ff.

40 So auch *Meyer*, JZ 2018, 304, 307 f.

41 Eine entsprechende Lesart würde sich den Rn. 44 f. des Taricco II-Urteils des EuGH entnehmen lassen. Dort heißt es, dass es der Italienischen Republik damals (d.h. bis zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften über die Verjährung von Straftaten im Bereich der Mehrwertsteuer durch die RL 2017/1371 vom 5.7.2017) freistand, „zu bestimmen, dass die Verjährung ebenso wie die Straftatbestände und das Strafmaß zum materiellen Strafrecht gehören und deshalb wie Letztere dem Grundsatz der Gesetzmäßigkeit im Zusammenhang mit Straftaten und Strafen unterliegen“; vgl. *Meyer*, JZ 2018, 304, 308 und *Manes*, NJECL 2018, 12, 15, wobei letzterer treffend von „cryptic words of the Court of Justice“ spricht.

42 Corte Costituzionale, Urteil vom 31.5.2018 – n. 115, Rn. 10 und 11. Die hier und in den folgenden Fußnoten festgehaltenen Randnummern bei Urteilen des italienischen Verfassungsgerichts beziehen sich auf die Rechtsausführungen des Verfassungsurteils.

43 In der jüngeren Kolev-Entscheidung des EuGH wird dem Tatgericht aufgetragen, zur Gewährleistung der vollen Wirksamkeit der Verpflichtungen aus Art. 325 Abs. 1 AEUV eine konventionskonforme Interpretation der nationalen Regelungen anzuwenden oder diese erforderlichenfalls unangewendet zu lassen, ohne die Änderung der betreffenden Regelung auf gesetzgeberischem Wege oder durch ein anderes verfassungsrechtliches Verfahren abzuwarten: EuGH (GK), Urteil vom 5.6.2018, Rs. C-612/15 – Kolev u.a./Bulgarien, Rn. 66, ECLI:EU:C:2018:392, Rn. 66. Gleichwohl verzichtete der EuGH in Kolev nunmehr auf den kritischen Passus der Taricco I-Entscheidung, wonach es Sache des Tatgerichts sei zu überprüfen, ob „diese nationale Regelung die Verhängung von wirksamen und abschreckenden Sanktionen in einer beträchtlichen Anzahl von gegen die finanziellen Interessen der Union gerichteten schweren Betrugsfällen verhindern oder für die Betrugsfälle zum Nachteil der finanziellen Interessen

Proble
Auseir
richts]

Um da
bedarf
quellen
gericht

Art. 11
europä
Gleich
zu, we
rechtig
Cost. 5
Integr:

des l
finar
– Ta
sche:
31,3
44 Übe
2010
costi
S. 92
sung
des r
sung
45 Instr
Eurc
Jahr
und
Kötz
S. 25
after
verfa
417,
46 Das
tragt
Cort
Verh
Verfa

Problematik ist deshalb nicht auszuschließen. Vor diesem Hintergrund erscheint eine Auseinandersetzung mit der Controlimiti-Doktrin des italienischen Verfassungsgerichts lohnenswert.

III. Überblick zum Verhältnis von Verfassungs- und Unionsrecht

Um das Verhältnis von Verfassungs- und Unionsrecht aus italienischer Sicht zu klären, bedarf es zunächst einer kurzen Darlegung der betreffenden innerstaatlichen Rechtsquellenstruktur (1.), um anschließend die Auffassungen des italienischen Verfassungsgerichts (2.) und des EuGH (3.) zu erörtern.

1. Innerstaatliche Rechtsgrundlagen

Art. 11 und 117 Cost. sind die verfassungsrechtlichen Eckpfeiler im Hinblick auf die europäische Integration.⁴⁴ Nach Art. 11 Cost. stimmt Italien unter der Bedingung der Gleichstellung mit den übrigen Staaten den Beschränkungen staatlicher Souveränität zu, wenn diese für eine Rechtsordnung notwendig ist, die den Frieden und die Gerechtigkeit unter den Völkern sichert.⁴⁵ Im Einzelnen legitimiert Art. 11 Halbsatz 2 Cost. Souveränitäts-„beschränkungen“⁴⁶ zugunsten der Teilnahme am europäischen Integrationsprozess. Gleichzeitig sollen innerstaatlich über Art. 11 Cost. unionsrecht-

des betreffenden Mitgliedstaats längere Verjährungsfristen als für die Betrugsfälle zum Nachteil der finanziellen Interessen der Union vorsehen sollte“; EuGH (GK) – Urteil vom 8.9.2015, Rs. C-105/14 – Taricco u.a./Italien, Rn. 58, ECLI:EU:C:2015:555). Insofern scheint sich infolge der Taricco II-Entscheidung des EuGH eine Trendwende abzuzeichnen; zum Kolev-Fall vgl. auch *Giuffrida*, NJECL 2018, 31, 34 f.

44 Überblicksweise bei *Grabenwarter*, in: von Bogdandy/Blast (oben N. 13), S. 121, 138; *Tizzano*, EuGRZ 2010, 1, 2; und *Woelk*, ZÖR 68 (2013), 531, 540; aus der Lehrbuchliteratur vgl. *De Vergottini*, Diritto costituzionale (oben N. 12), S. 64 ff. sowie *Martines*, Diritto costituzionale, 14. Aufl., Milano 2017, S. 92 ff.; zu den rechtshistorischen Wurzeln der Entwicklung von Art. 11 Cost. im Lichte der Verfassungsgebenden Versammlung und dem sog. Manifesto von Ventotene siehe *Di Martino*, Das Verhältnis des nationalen Rechts zum Europarecht aus italienischer Sicht, in: Haratsch (Hrsg.), Nationale Verfassungen und Europarecht, Berlin 2014, S. 35, 36 ff.

45 Instruktiv zu Art. 11 Cost. *Happacher*, Südtirols Autonomie in Europa. Institutionelle Aspekte der Europäischen Integration, 2012, S. 222 ff. sowie zur Situation vor der Verfassungsreform von 2001 *dies.*, Jahrbuch für Italienisches Recht 22 (2009), S. 149, 150; *Lotito*, Die italienische Corte Costituzionale und die Anwendung der Gemeinschaftsnormen in der innerstaatlichen Rechtsordnung, in: Tomuschat/Kötz/von Maydell (Hrsg.), Europäische Integration und nationale Rechtskulturen, Berlin u.a. 1995, S. 259, 261; *Rossi*, How Fundamental are Fundamental Principles? Primacy and Fundamental Rights after Lisbon, Yearbook of European Law 27 (2008), S. 65, 66 f.; *Trocker*, Das Vorabentscheidungsverfahren aus italienischer Sicht: Erfahrungen, Probleme, Entwicklungstendenzen, RabelsZ 66 (2002), 417, 420.

46 Das Verfassungsgericht spricht ausdrücklich von „*limitazioni di sovranità*“ und nicht etwa von Übertragung von Hoheitsrechten, vgl. Corte Costituzionale, Urteil vom 7.3.1964, n. 14 – Costa/ENEL, Rn. 6; Corte Costituzionale, Urteil vom 27.12.1973, n. 183 – Frontini, Rn. 5; instruktiv hierzu *La Pergola*, Das Verhältnis von nationalem Recht und Gemeinschaftsrecht in der Rechtsprechung des italienischen Verfassungsgerichtshofs, FS W. Zeidler II, 1987, S. 1695, 1706.

liche Vorgaben und Handlungen vollumfänglich zur Geltung gelangen,⁴⁷ auch wenn das Verfassungsgericht i.S.e. dualistischen Auffassung traditionell die innerstaatliche italienische von der europäischen Rechtsordnung strikt trennt.⁴⁸ Art. 117 Abs. 1 Cost. i.d.g.F.⁴⁹ hingegen verpflichtet Staat und Regionen zur Ausübung ihrer Gesetzesbefugnis unter Wahrung der Verfassung sowie der Einschränkungen, die sich aus der gemeinschaftlichen Rechtsordnung und aus den internationalen Verpflichtungen ergeben.⁵⁰ Dabei fallen die staatlichen Beziehungen mit der EU in die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz des Staates (Art. 117 Abs. 2 lit. a Cost.), während die regionalen Beziehungen zur EU als Gesetzgebungskompetenz konkurrierender Art ausgestaltet sind (Art. 117 Abs. 3 Cost.). Gleichwohl können die Regionen ihre Interessen bei den regionalen EU-Beziehungen im Gegensatz zur Rechtslage vor der Reform von 2001 nunmehr eigenständig wahrnehmen (Art. 117 Abs. 5 Cost.). Art. 117 Abs. 1 Cost. verpflichtet somit zur Beachtung der jeweiligen Kompetenzen beim europäischen Integrationsprozess durch Staat und Region.⁵¹

Insgesamt stellen die Vorschriften in Art. 11 und 117 Cost. Öffnungsklauseln für die Integration europäischer Vorgaben in das innerstaatliche Recht dar⁵² und fügen sich in die Reihe anderer Verfassungsnormen ein (namentlich Art. 7, 10 und 26 Cost.), die den sog. Verfassungsgrundsatz der offenen Staatlichkeit bilden.⁵³ Die verfassungsrechtlichen Vorgaben zur Rezeption von Unionsrecht ins innerstaatliche Recht werden durch entsprechende Begleitgesetze umgesetzt, wobei der einschlägige Gesetzgebungsprozess durch das Gesetz Nr. 234/2012 institutionelle Rahmenbedingungen er-

47 Corte Costituzionale, Urteil vom 8.6.1984, n. 170 – Granital, Rn. 4 f.

48 Corte Costituzionale, Urteil vom 27.12.1973, n. 183 – Frontini, Rn. 5, 7; Corte Costituzionale, Urteil vom 8.6.1984, n. 170 – Granital, Rn. 4; in einer jüngeren Entscheidung spricht das Verfassungsgericht von getrennten Rechtsordnungen, die jedoch von einer gegenseitigen Abstimmung geprägt sind: Corte Costituzionale, Urteil vom 15.4.2008, n. 102.

49 Art. 117 Cost. wurde durch die Verfassungsreform Nr. 3/2001 grundlegend reformiert: Art. 3 Legge costituzionale vom 18.10.2001, n. 3, Modifiche al titolo V della parte seconda della Costituzione, in: Gazzetta ufficiale vom 24.10.2001, n. 248; vgl. dazu *Happacher* (oben N. 45), S. 241 f.; *dies.*, Jahrbuch für Italienisches Recht 22 (2009), S. 149, 154 ff.; *Kindler*, Einführung in das italienische Recht, 2. Auflage, München 2008, § 4 Rn. 63.

50 Nach *Happacher*, Jahrbuch für Italienisches Recht 22 (2009), S. 149, 155 sorgt Art. 117 Abs. 1 Cost. für die permanente Anpassung des innerstaatlichen Rechts (in seinen verschiedenen Ebenen) an die gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben; allerdings weist *Di Martino*, in: Haratsch (oben N. 44), S. 35, 52 darauf hin, dass trotz der Reform von Art. 117 Cost. in der italienischen Verfassung noch immer keine spezifische Norm (wie etwa jene nach Art. 23 GG in Deutschland) vorhanden ist, die den europäischen Integrationsprozess im Lichte von Verfassungsprinzipien einordnet und lenkt. Vgl. ferner auch *Stea*, I principi di diritto penale nella giurisdizione europea, 2014, S. 57 ff. m.w.N.

51 In der Konsequenz fasst das Verfassungsgericht nationale Gesetze, die dem Unionsrecht zuwiderlaufen, als verfassungswidrig auf: Corte Costituzionale, Urteil vom 3.11.2005, n. 406, Rn. 4. In dieser konkreten Entscheidung ging es um ein Regionalgesetz der Abruzzen, bei dem das Verfassungsgericht einen Verstoß gegen Art. 117 Abs. 1 Cost. identifizierte, weil das Regionalgesetz im Widerspruch mit Inhalten der Richtlinie (EG) 2000/75 des Rates vom 20.11.2000 mit besonderen Bestimmungen für Maßnahmen zur Bekämpfung und Tilgung der Blauzungenkrankheit, ABl. (EU) L 327/74 vom 22.12.2000 stand.

52 Corte Costituzionale, Urteil vom 7.3.1964, n. 14 – Costa/ENEL, Rn. 6; Corte Costituzionale, Urteil vom 22.3.2001, n. 73.

53 Vgl. dazu die Nachweise bei *Mannefeld*, Verfassungsrechtliche Vorgaben für die europäische Integration. Rechtsprechung des deutschen und des italienischen Verfassungsgerichts, 2017, S. 37 ff.

fahren
diesem
findung
staatlich
ter Be
Nr. 234
gesetz
setz (le
tigung
und er
rigen J
Europä
schläge
Verpfl

Das it
(Geme
gepräg

Mit de
schafts
hätte d
Rang i
zeptior

54 Legg
ne de
instru
N. 12
auf d

55 Hap
zess
herv
Erfal
gesct

56 Daz
stituz
Verh
Costi
(m.w
geric
des a
ner a
Wink

57 Zum
Hara

fahren hat.⁵⁴ So definiert Art. 1 Gesetz Nr. 234/2012 jene Zielvorgaben, wonach mit diesem Gesetz die Rechtsgrundlagen für die Einbindung Italiens am Entscheidungsfindungsprozess der EU einerseits und für die Sicherung und Erfüllung der mitgliedstaatlichen Verpflichtungen Italiens andererseits geschaffen werden, wobei dies unter Beachtung der Art. 11 und 117 Cost. zu erfolgen hat. Insbesondere sieht Gesetz Nr. 234/2012 zwei Legislativinstrumente vor, nämlich das Europäische Ermächtigungsgesetz (*legge di delegazione europea*, Art. 29 Abs. 4 *leg. cit.*) und das Europäische Gesetz (*legge europea*, Art. 29 Abs. 5, Art. 30 Abs. 3 *leg. cit.*).⁵⁵ Das Europäische Ermächtigungsgesetz wird bis zum 28. Februar jedes Jahres als Gesetzesentwurf eingebracht und ermächtigt i.S.v. Art. 76 Cost. die Regierung, europäische Richtlinien des vorherigen Jahres innerstaatlich umzusetzen und Sekundärrecht durchzuführen. Mit dem Europäischen Gesetz hingegen legt die Regierung dem Parlament jene Gesetzesvorschläge zur Anpassungen des nationalen Rechts vor, durch die die mitgliedstaatlichen Verpflichtungen Italiens gegenüber der EU erfüllt werden sollen.

2. Auffassung der Corte Costituzionale

Das italienische Verfassungsgericht blickt zum Verhältnis von Verfassungs- und (Gemeinschafts- bzw.) Unionsrecht auf eine von einem diametralen Richtungswechsel geprägte Rechtsprechungsentwicklung zurück.⁵⁶

a) Vorrang des innerstaatlichen Rechts

Mit dem *Costa/ENEL*-Urteil des Verfassungsgerichts wurde der Vorrang des Gemeinschaftsrechts gegenüber dem Verfassungsrecht gänzlich bestritten.⁵⁷ Denn Art. 11 Cost. hätte dem (ordentlichen) Durchführungsgesetz der EGKS-Vertrages keinen höheren Rang in der Hierarchie der Rechtsquellen zugemessen. Zumal die innerstaatliche Rezeption mittels ordentlichen Gesetzes erfolgt ist, würden die europäischen Vorschriften

⁵⁴ Legge 24.12.2012, n. 234: Norme generali sulla partecipazione dell'Italia alla formazione e all'attuazione della normativa e delle politiche dell'Unione europea, in: *Gazzetta ufficiale* vom 4.1.2013, n. 3; dazu instruktiv *Caponi/Piekenbrock* (oben N. 33), § 26 Rn. 29 f.; *De Vergottini*, *Diritto costituzionale* (oben N. 12), S. 61 f.; *Martines* (oben N. 44), S. 93 f.; *Stea* (oben N. 50), S. 47 ff. mit Anmerkungen im Hinblick auf die unionsrechtlichen Strafrechtskompetenzen nach Art. 82 f. AEUV.

⁵⁵ *Happacher*, Das Gesetz Nr. 234/2012 über die Beteiligung Italiens am europäischen Integrationsprozess und das italienische Parlament, *Jahrbuch für Italienisches Recht* 27 (2014), S. 109, 114 f., hebt hervor, dass die Trennung von europäischem Delegierungsgesetz und Europagesetz den bisherigen Erfahrungen über die Verzögerungen zur Umsetzung europäischer Vorgaben ins innerstaatliche Recht geschuldet ist und insofern eine Beschleunigung des Umsetzungsprozesses beabsichtigt.

⁵⁶ Dazu ausführlich etwa *Cartabia*, Art. 11, in: *Bifulco/Celotto/Olivetti* (Hrsg.), *Commentario alla Costituzione*, Torino 2006, S. 263, 289 ff.; *Di Martino*, in: *Haratsch* (oben N. 44), S. 35, 39 ff.; *Di Nella*, Das Verhältnis zwischen inländischem Recht und Gemeinschaftsrecht in der Rechtsprechung der Corte Costituzionale: Schon eine „Union des Rechts“?, *Jahrbuch für Italienisches Recht* 10 (1997), S. 135 ff. (m.w.N.), der insgesamt vier Phasen des „gemeinschaftlichen Weges“ des italienischen Verfassungsgerichts ausmacht, nämlich die Phase der völkervertragsrechtlichen Rezeption, jene des Vorrangs, jene des automatischen Vorrangs und schließlich jene der Integration des Gemeinschaftsrechts; vgl. ferner auch *Happacher* (oben N. 45), S. 223 ff.; *Rossi*, *Yearbook of European Law* 27 (2008), S. 65, 66 f.; *Winkler*, Italien, das EG-Recht und die Direktwirkung der Richtlinien, *EuZW* 1992, 443 ff.

⁵⁷ Zum Hintergrund des *Costa/ENEL*-Falls vgl. die ausführliche Fallschilderung bei *Di Martino*, in: *Haratsch* (oben N. 44), S. 35, 39 f. sowie *Trocker*, *RabelsZ* 66 (2002), 417, 428 f. (insb. dort Fußnote 28).

konsequenterweise im Rang ordentlicher Gesetze verbleiben.⁵⁸ Eine Bestätigung dieses Vorrangpostulats stellte das Verfassungsgericht etwa durch das Urteil Nr. 98/1965 fest.⁵⁹ Dabei hob es hervor, dass das Vollzugsgesetz zu den Gemeinschaftsverträgen dann verfassungswidrig sei, wenn Vorschriften des Gemeinschaftsrechts gegen die Verfassung verstoßen und insofern eine verfassungswidrige Anpassung innerstaatlichen Rechts durch den EGKS-Vertrag erfolge.⁶⁰ Rückblickend ist festzuhalten, dass auf diesen Entscheidungsgrundlagen kaum ein Rechtsbewusstsein für das Gemeinschaftsrecht und seine Auswirkungen auf das innerstaatliche Recht geschaffen werden konnte.⁶¹

b) Vorrang des Gemeinschaftsrechts

In der Frontini-Entscheidung vollzog das Verfassungsgericht eine Kehrtwende.⁶² Wegen der Notwendigkeit von Rechtsgleichheit und -sicherheit ergebe sich, dass die Vorschriften des Gemeinschaftsrechts vollumfänglich verpflichtende sowie unmittelbare Wirkung in allen Mitgliedstaaten haben, ohne dass es einer innerstaatlichen Rezeption oder Anpassung durch das Gesetz bedarf. Gleichwohl behielt sich das Verfassungsgericht ausdrücklich die Möglichkeit vor, im Sinne der Controlimiti die Einhaltung von Grundrechten und die Beachtung wesentlicher Verfassungsstrukturen zu überprüfen.⁶³

Diese Grundsätze wurden in der Industrie Chimiche-Entscheidung bestätigt. Demnach fußt die Gesetzgebungsfunktion der Organe der Europäischen Gemeinschaft und die damit einhergehende Beschränkung der innerstaatlichen Gesetzgebung auf Art. 11 Cost., welcher die staatlichen Restriktionen zugunsten der Gemeinschaftskompetenzen in Legislative, Exekutive und Judikative legitimiert. Die Rechtssysteme der EG und der Mitgliedstaaten stellen sich als autonom und eigenständig dar, auch wenn sie aufgrund der Kompetenzregelungen der Gründungsverträge entsprechend koordiniert werden müssen. Wiederum erfordern es Rechtsgleichheit und -sicherheit, dass die Gemeinschaftsnormen – welche im Sinne der Rechtsquellen weder als Völkerrecht, noch als ausländisches Recht und auch nicht als internes Recht der Mitgliedstaaten aufgefasst werden – vollständige verpflichtende Wirkung und direkte Anwen-

58 Corte Costituzionale, Urteil vom 7.3.1964, n. 14 – Costa/ENEL; diesem Urteil trat der EuGH seinerseits wenige Monate später in der Rs. C-6/64 (Costa/ENEL) mit seiner Replik entgegen, indem er den Vorrang des Gemeinschaftsrechts postulierte (siehe *infra*); zum Costa/ENEL-Konflikt zwischen Verfassungsgericht und EuGH vgl. *Di Nella*, Jahrbuch für Italienisches Recht 10 (1997), S. 135, 137 f.; *La Pergola*, FS W. Zeidler II, 1987, S. 1695, 1699; *Tizzano*, EuGRZ 2010, 1, 2; *Trocker*, RabelsZ 66 (2002), 417, 420 f.

59 Corte Costituzionale, Urteil vom 27.12.1965, n. 98 – Acciaierie San Michele (insb. Rn. 2 und 4).

60 Ausführlich bei *Di Nella*, Jahrbuch für Italienisches Recht 10 (1997), S. 135, 138 f.

61 *Trocker*, RabelsZ 66 (2002), 417, 421 weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass im Anschluss an das Costa/ENEL-Urteil des Verfassungsgerichts im Zeitraum 1964 bis 1968 von italienischer Seite her überhaupt kein Auslegungersuchen im Zuge von Art. 177 EWG-V an den EuGH herangetragen wurden. Der Dialog mit Luxemburg wurde erst durch das Vorabersuchen der Corte di Appello di Roma vom 9.7.1968 im Fall *Salgoil* (Rs. C-13/68) wieder aufgenommen und in den 1970er Jahren intensiviert.

62 Corte Costituzionale, Urteil vom 27.12.1973, n. 183 – Frontini (insb. Rn. 7).

63 *Caponi/Piekenbrock* (oben N. 33), § 26 Rn. 13; *Cartabia*, in: Bifulco/Celotto/Olivetti (oben N. 56), S. 263, 290; *Di Nella*, Jahrbuch für Italienisches Recht 10 (1997), S. 135, 139 f.; *Grabenwarter*, in: von Bogdandy/Blast (oben N. 13), S. 121, 141; *Kindler* (oben N. 49), § 5 Rn. 7; *Mori*, Il principio di apertura al diritto internazionale e al diritto europeo, in: Ventura/Morelli (Hrsg.), Principi costituzionali, Milano 2015, S. 522, 542; *Trocker*, RabelsZ 66 (2002), 417, 422 f.

ding in
Anpas

Als Re
schen
im Gra
richte
schafts
Vorsch
Die Le
richts
Recht

So wu
schafts
teile d
richter
dass di
Justiz-,
anwene
angeha
Rechts
Gemei
nations
es für
rangs v
mittels
der inn
rechts
auszusc
keit eu

64 Cort
in: H
Tizze

65 EuG

66 Cort
vgl. I
dopo

67 Zur
Di N

68 Cort

69 EuG

70 Cort
buch
tende

71 Vgl.
10.11

72 Cort
ferne

derung in allen Mitgliedstaaten haben, ohne dass es hierfür entsprechender Gesetze zur Anpassung benötigen würde.⁶⁴

Als Reaktion auf das Simmenthal-Urteil des EuGH⁶⁵, in dem der Vorrang der europäischen Rechtsquellen unterstrichen wurde, stärkte das italienische Verfassungsgericht im Granital-Urteil abermals die Position des Gemeinschaftsrechts. Die nationalen Gerichte haben demnach die Befugnis und Pflicht, dem direkt anwendbaren Gemeinschaftsrecht zur unmittelbaren Anwendung zu verhelfen und allenfalls innerstaatliche Vorschriften, die dem Gemeinschaftsrecht zuwiderlaufen, unangewendet zu lassen.⁶⁶ Die Leitentscheidung Granital sollte fortan die Rechtsprechung des Verfassungsgerichts zu Fragen nach dem Verhältnis von Gemeinschaftsrecht und innerstaatlichem Recht wesentlich prägen.⁶⁷

So wurde in der Rechtssache Beca aufgezeigt, dass sich der Vorrang des Gemeinschaftsrechts nicht nur auf die Gesetzgebung, sondern auch auf die auslegenden Urteile des EuGH bezieht.⁶⁸ In Fratelli Costanzo stellten die italienischen Verfassungsrichter im Anschluss an die kurz vorher ergangene EuGH-Entscheidung⁶⁹ u.a. klar, dass die Verpflichtung zur Nichtanwendung nationaler Regelungen nicht nur für die Justiz-, sondern auch für die Verwaltungsorgane gilt. Gleichzeitig lässt die reine Nichtanwendung von Vorschriften deren Existenz unberührt, weshalb die Mitgliedstaaten angehalten sind, notwendige Gesetzesänderungen oder -aufhebungen des internen Rechts vorzunehmen, um allfällige Disharmonien oder Unvereinbarkeiten mit dem Gemeinschaftsrecht auszuräumen. Diese Verpflichtung der Mitgliedstaaten hängt aus nationaler Perspektive mit dem Grundsatz der Rechtssicherheit zusammen, während es für das Gemeinschaftsrecht eine wesentliche Garantie für den Grundsatz des Vorrangs vor dem nationalen Recht darstellt.⁷⁰ Eine solche Gesetzesaufhebung kann auch mittels Verfassungsgerichtsurteil in Form einer Erklärung der Verfassungswidrigkeit der innerstaatlichen Vorschrift erfolgen.⁷¹ Ferner ist der Vorrang des Gemeinschaftsrechts auch hinsichtlich abschaffender Volksabstimmungen zu beachten, weshalb es auszuschließen ist, dass sich der Ausgang von solchen Referenden auf die Anwendbarkeit europäische Verordnungen im innerstaatlichen Recht auswirkt.⁷²

64 Corte Costituzionale, Urteil vom 30.10.1975, n. 232 – Industrie chimiche, Rn. 4; vgl. dazu *Di Martino*, in: Haratsch (oben N. 44), S. 35, 41; *Di Nella*, Jahrbuch für Italienisches Recht 10 (1997), S. 135, 140; *Tizzano*, EuGRZ 2010, 1, 3; *Winkler*, EuZW 1992, 443.

65 EuGH, Urteil vom 9.3.1978, Rs. C-106/77 – Simmenthal, ECLI:EU:C:1978:49.

66 Corte Costituzionale, Urteil vom 8.6.1984, n. 170 – Granital, *Giurisprudenza costituzionale* 1984, 1098; vgl. hierzu die Besprechung von *Tizzano*, *La Corte costituzionale e il diritto comunitario: vent'anni dopo*, *Foro it.* 1984, I, 2062 sowie *Winkler*, EuZW 1992, 443, 444.

67 Zur Bedeutung der Granital-Entscheidung s. auch *Di Martino*, in: Haratsch (oben N. 44), S. 35, 42; *Di Nella*, *Jahrbuch für Italienisches Recht* 10 (1997), S. 135, 141 f.; *Tizzano*, EuGRZ 2010, 1, 3.

68 Corte Costituzionale, Urteil vom 23.4.1985, n. 113 – Beca, Rn. 5.

69 EuGH, Urteil vom 22.6.1989, Rs. C-103/88 – Fratelli Costanzo, Rn. 30 ff., ECLI:EU:C:1989:256.

70 Corte Costituzionale, Urteil vom 11.7.1989, n. 389 – Fratelli Costanzo, Rn. 4; vgl. dazu *Di Nella*, *Jahrbuch für Italienisches Recht* 10 (1997), S. 135, 143 m.w.N. zur Bestätigung dieser Rechtsprechungstendenz.

71 Vgl. mit Schwerpunkt auf die innerstaatliche Regionalgesetzgebung: Corte Costituzionale, Urteil vom 10.11.1994, n. 384 – Rn. 2; Corte Costituzionale, Urteil vom 30.3.1995, n. 94 – Rn. 2.

72 Corte Costituzionale, Urteil vom 2.2.1990, n. 64 – Rn. 2.2; vgl. dazu *Winkler*, EuZW 1992, 443, 444 f.; vgl. ferner auch die Entscheidungen Corte Costituzionale, vom 7.2.2000, n. 31, 41 sowie 45.

Weiters erkannten die Verfassungsrichter den sog. *effet direct*⁷³ europäischer Vorschriften an, sofern diese hinreichend bestimmt sowie ohne weitere Bedingung wirksam sind und der betreffende Mitgliedstaat die Umsetzungsfrist ins innerstaatliche Recht verstreichen hat lassen, ohne entsprechend tätig zu werden.⁷⁴ Bei Vorschriften aus Gemeinschaftsrichtlinien ohne direkte Anwendung kann das Tatgericht innerstaatliche Rechtsnormen, die gegen die Richtlinieninhalte verstoßen, zwar nicht unangewendet lassen, gleichwohl unterliegen die nationalen Vorschriften einer möglichen Normkontrolle nach Art. 11 und Art. 117 Abs. 1 Cost., wodurch die Corte Costituzionale entsprechende Resultate zugunsten des Gemeinschaftsrechts erzielen kann.⁷⁵

c) Vorfahrt für das Verfassungsgericht beim Grundrehtediskurs

Von zentraler Bedeutung für die Frage nach dem Verhältnis von innerstaatlichem Recht und Unionsrecht ist die Art und Weise, wie der Dialog zwischen Verfassungsgericht und EuGH gestaltet ist. In diesem Bereich hat das italienische Verfassungsgericht gerade in jüngerer Zeit bedeutende Akzente gesetzt.

Obwohl die Rechtsprechung von EuGH und Corte Costituzionale wechselseitigen Einfluss hat, wurde der gegenseitige Dialog der beiden Höchstgerichte erst in jüngerer Zeit realisiert.⁷⁶ Im historischen Beschluss Nr. 103/2008 bestätigte das italienische Verfassungsgericht erstmals seine Vorlageberechtigung an den EuGH im Zuge von Art. 234 EGV. Dort führte es aus, dass Italien durch die Ratifikation der europäischen Gründungsverträge an der Gemeinschaftsrechtsordnung teilnimmt, welche „als autonom und mit der italienischen Rechtsordnung integriert und koordiniert“⁷⁷ aufzufassen ist.⁷⁸ Wiederum zogen die Verfassungsrichter die Grenze der europäischen Integration im innerstaatlichen Recht entlang der grundlegenden Prinzipien der Verfassungsordnung sowie den unverletzlichen Menschenrechten, die von der Verfassung garantiert werden.

73 Instruktiv Müller, *Effet direct*. Die unmittelbare Wirkung des Unionsrechts, Tübingen 2019 (im Erscheinen).

74 Corte Costituzionale, Urteil vom 29.4.1991, n. 168 – *Industria Dolciaria Giampaoli*, Rn. 5; vgl. ferner im Kontext des Europäischen Haftbefehls Corte Costituzionale, Urteil vom 24.6.2010, n. 227 – Rn. 7.

75 Corte Costituzionale, Urteil vom 26.7.1996, n. 317 – *Zuolo Alberto Sante*; Corte Costituzionale, Urteil vom 13.7.2007, n. 284 – B.M., Rn. 3; Corte Costituzionale, Urteil vom 28.1.2010, n. 28 – Rn. 5; vgl. dazu *Bin*, *Gli effetti del diritto dell'Unione nell'ordinamento italiano e il principio di entropia*, in: *Studi in onore di Franco Modugno Bd. I*, Napoli 2011, S. 363, 364.

76 Dazu ausführlich *Tizzano*, *EuGRZ* 2010, 1, 9 f.

77 Übersetzt von *Happacher*, *Jahrbuch für Italienisches Recht* 22 (2009), S. 149, 158, die treffend darauf hinweist, dass die Corte Costituzionale hier erstmals von „Integration“ spricht, um die Beziehung zwischen Gemeinschaftsrecht und innerstaatlichem Recht zu beschreiben.

78 Corte Costituzionale, Beschluss vom 15.4.2008, n. 103 (ebenso Corte Costituzionale, Urteil vom 15.4.2008, n. 102); weiterführend auch Corte Costituzionale, Urteil vom 17.11.2010, n. 325; Corte Costituzionale, Urteil vom 30.3.2012, n. 75; Corte Costituzionale, Beschluss vom 18.7.2013, n. 207; zur Bedeutung der Vorlagepraxis von nationalen Verfassungsgerichten im Zuge des Vorabentscheidungsverfahrens an den EuGH siehe die zum gegenständlichen Vorlagebeschluss Nr. 103/2008 verfassten Schlussanträge von GA in *Kokott*, Schlussanträge vom 2.7.2009 zu EuGH (GK), Rs. C-169/08 – *Presidente del Consiglio dei Ministri/Regione Saregna*, Rn. 21 ff., ECLI:EU:C:2009:420; vgl. ferner auch *Crivetti*, in: *Scritti in onore di Valerio Onida* (oben N. 10), S. 541, 557 f. (m.w.N.) die im Mechanismus der Direktvorlage an den EuGH eine pädagogische Funktion für innerstaatliche Richter im Hinblick auf die korrekte Auslegung von Grundrechten verortet.

Ende :
den Di
ierten
Konste
zunäch
richtsh
fassung
war die
zur ger
unzusti
unmitt
die ger
behäng
gung d

Daran
Vorvah
sung al
Befassu
wohl bl
Tatgeri
regel fi
in Bezu
Grundr
verfahr
auf das

79 Corte
der v
vgl. e
contr
tivo c
Repe
e sinc
ta sul
accen
cost. i
dell'U
tuzior
fonda
80 Vgl. r
n. 284
81 Zulet
278 ir
richte
tional
Dahe
europ
co I-V
in vie
offenc

Ende 2017 erging eine wegweisende Entscheidung des Verfassungsgerichtes, welche den Dialog der Höchstgerichte nachhaltig prägen wird.⁷⁹ Die Verfassungsrichter initiierten eine Wende bei der verbreiteten Praxis der innerstaatlichen Gerichte, in jenen Konstellationen, die sowohl verfassungs- und unionsrechtliche Relevanz aufweisen, zunächst mittels eines Vorabentscheidungsverfahrens direkt den Luxemburger Gerichtshof anzurufen, bevor ein innerstaatliches Normkontrollverfahren vor dem Verfassungsgericht angestrengt wird. Hintergrund dieser Vorlagetendenz an den EuGH war die bis dato etablierte Rechtsprechung des Verfassungsgerichts, sich für Fragen zur gemeinschafts- bzw. unionskonformen Auslegung innerstaatlicher Vorschriften für unzuständig zu erklären.⁸⁰ Letztlich konsolidierte sich dadurch jene Gerichtspraxis, unmittelbar über Art. 267 AEUV einen Urteilsspruch des EuGH anzustrengen, um die gemeinschafts- oder unionswidrigen innerstaatlichen Rechtsvorschriften für das behängende Verfahren unangewendet zu lassen, gegebenenfalls auch über die Bestätigung des *effet direct* der betreffenden europäischen Normen.⁸¹

Daran setzte Ende 2017 das Verfassungsgericht an und beansprucht für sich eine Art Vorfahrtsregel. Im Bereich der Auslegung von Grundrechten, die sowohl die Verfassung als auch die GRC betreffen, gilt demnach eine vorrangige verfahrensrechtliche Befassung durch das Verfassungsgericht im Wege des Normkontrollverfahrens. Gleichwohl bleibt die Möglichkeit zur Anrufung des EuGH gemäß Art. 267 AEUV durch die Tatgerichte ausdrücklich bestehen. So lautet die neue verfahrensrechtliche Vorfahrtsregel für den Dialog der Höchstgerichte: Sofern ein innerstaatliches Gesetz sowohl in Bezug auf die Grundrechte der italienischen Verfassung, als auch in Bezug auf die Grundrechte laut GRC zweifelhaft erscheint, muss das innerstaatliche Normkontrollverfahren vor dem Verfassungsgericht initiiert werden – vorbehaltlich des Rückgriffs auf das Vorabentscheidungsverfahren nach Art. 267 AEUV in Bezug auf Auslegungs-

79 Corte Costituzionale, Urteil vom 14.12.2017, n. 269; im Schrifttum wird diesbezüglich bisweilen von der wichtigsten Verfassungsgerichtsentscheidung seit dem Granital-Urteil Nr. 170/1984 gesprochen, vgl. etwa *Delli Priscoli*, *Leale collaborazione, primato del diritto dell'Unione europea e teoria dei controlimiti*, *La giustizia penale* 2017, 322.; *Guazzarotti*, *La sentenza n. 269 del 2017: un atto interruttivo dell'usucapione delle attribuzioni della Corte costituzionale?*, *Quaderni costituzionali* 2018, 194; *Repetto*, *Concorso di questioni pregiudiziali (costituzionale ed europea), tutela dei diritti fondamentali e sindacato di costituzionalità*, *Giurisprudenza costituzionale* 2017, 2955; *Ruggieri*, *Svolta della Consulta sulle questioni di diritto eurounitario assiologicamente pregnanti, attratte nell'orbita del sindacato accentrato di costituzionalità, pur se riguardanti norme dell'Unione self-executing (a margine di Corte cost. n. 269 del 2017)*, *Rivista di Diritto comparato* 3/2017, 230, 234 ff.; *Scaccia*, *Giudici comuni e diritto dell'Unione europea nella sentenza della Corte costituzionale n. 269 del 2017*, *Giurisprudenza costituzionale* 2017, 2948; *Scoditti*, *Giudice costituzionale e giudice comune di fronte alla carta dei diritti fondamentali dell'Unione europea dopo la sentenza costituzionale n. 269 del 2017*, *Foro it.* 2018, II, 406.

80 Vgl. nur Corte Costituzionale, Urteil vom 30.3.2012, n. 75; Corte Costituzionale, Urteil vom 13.7.2007, n. 284 – B.M.; Corte Costituzionale, Urteil vom 8.6.1984, n. 170 – Granital.

81 Zuletzt hat *Swoboda*, *Definitionsmacht und ambivalente justizielle Entscheidungen*, *ZIS* 2018, 276, 278 im Zusammenhang zur *Taricco*-Saga auf die Tendenz hingewiesen, dass sich innerstaatliche Gerichte mittels Vorlage an den EuGH „helfen“ lassen, um innerstaatliche Regelungen gegen den nationalen Gesetzgeber und allenfalls auch gegen nationales Verfassungsrecht unangewendet zu lassen. Daher treffe auch die Vorlagegerichte eine entsprechende Verantwortung für die Entwicklung der europäischen Grundrechtssystematik (S. 295); auch *Musilegas*, *NJECL* 2018, 38, 42 sieht in der *Taricco* I-Vorlage einen „cry for help from a lower court in Italy, with the referring judge feeling helpless in view of the way in which national law on limitation periods operated to lead to impunity for PIF offences“.

oder Nichtigkeitsfragen von Unionsrecht. Das Verfassungsgericht trägt damit den nationalen Gerichten auf, dem innerstaatlichen Normkontrollverfahren den Vorzug vor einer Anrufung des EuGH zu geben, ohne letzteres komplett auszuschließen. Diesen Vorrang begründet die Corte Costituzionale mit der Notwendigkeit einer Intervention *erga omnes* des Verfassungsgerichts, die auch im Hinblick auf dessen zentrale Prüfungskompetenz (Art. 134 Cost.) von Gesetzen im Verfassungsstaat untermauert wird, und weist darauf hin, dass das Unionsrecht einer derartigen verfassungsgerichtlichen Vorfahrtsregel grundsätzlich nicht entgegensteht.⁸²

Insgesamt scheint das Verfassungsgericht die substantielle Entwicklung der Grundrechtssprechung an sich binden zu wollen, um besser in den Dialog mit dem EuGH einsteigen zu können. Die Praxis des Vorabentscheidungsersuchens an den EuGH durch das Verfassungsgericht wird sich daher wohl quantitativ steigern, wenn unionsrechtliche Bezüge von Grundrechtsfragen beim verfassungsrechtlichen Normkontrollverfahren aufgeworfen werden.

3. Auffassung des EuGH

Der Vorrang des Gemeinschafts- bzw. Unionsrechts gegenüber dem nationalen Recht wurde früh vom EuGH lanciert.⁸³ Der Luxemburger Gerichtshof begründet den Vorrang im Wesentlichen mit dem Postulat der einheitlichen Tragweite und Wirksamkeit von Unionsrecht.⁸⁴ Auch nach dem Vertrag von Lissabon wurde diese Vorrang-Doktrin durch den EuGH weiter ausgebaut. Gleichwohl misst der EuGH in der Diskussion um das Verhältnis von Verfassungs- und Unionsrecht den Grundrechten und fundamentalen Verfassungsprinzipien stets eine bedeutende Rolle zu. Eine Vielzahl an EuGH-Urteilen enthält das Bekenntnis zu den Grundrechten und grundlegenden Verfassungsprinzipien,⁸⁵ auch wenn in jüngeren Entscheidungen nahezu automatisch auf die

82 Vgl. EuGH (GK), Urteil vom 22.10.2010, Rs. C-188/10 u. C-189/10 – Melki u. Abdeli, Rn. 45 ff., ECLI:EU:C:2010:363; demnach muss nicht nur die grundsätzliche Freiheit zur Vorlage an den EuGH in entsprechenden Fallkonstellationen gewahrt bleiben. Ein verpflichtendes Zwischenverfahren zur Kontrolle der Verfassungsmäßigkeit ist zulässig, wenn es dem nationalen Gericht trotzdem freisteht, einerseits jede für den vorläufigen Rechtsschutz zur Gewährleistung von Unionsrechten erforderliche Maßnahme zu erlassen, andererseits nach Abschluss des betreffenden Zwischenverfahrens die unionswidrige innerstaatliche Gesetzesbestimmung unangewendet zu lassen (Rn. 53); vgl. ferner *Drigo*, La Corte di giustizia riafferma il proprio primato: la questione prioritaria di costituzionalità al vaglio dei giudici di Lussemburgo, *Diritto pubblico comparato ed europeo* 2010, 1484; *Galetta*, *Autonomia procedurale e dialogo costruttivo fra giudici alla luce della sentenza Melki*, *Il diritto dell'Unione europea* 2011, 223 sowie aus der EuGH-Rechtsprechung; EuGH, Urteil vom 11.9.2014, Rs. C-112/13 – A/B u.a., Rn. 35, ECLI:EU:C:2014:2195 m. Anm. *Martinico*, *Il caso A. c. B. e il suo impatto sul rapporto fra Corti: un diritto per tre giudici*, *Quaderni costituzionali* 2014, 950 und EuGH (GK), Urteil vom 5.7.2016, Rs. C-614/14 – Ognyanov, Rn. 17, ECLI:EU:C:2016:514.

83 Instruktiv *Ruffert*, in: Calliess/Ruffert (Hrsg.), *EUV/AEUV – Das Verfassungsrecht der Europäischen Union mit Europäischer Grundrechtecharta*, 5. Aufl. 2016, Art. 1 AEUV Rn. 16 ff.

84 Neben der berühmten *Costa/ENEL*-Entscheidung des EuGH (dazu sogleich *infra*) vgl. etwa EuGH, Urteil vom 13.2.1969, Rs. C-14/68 – *Walt Wilhelm*, Rn. 6, ECLI:EU:C:1969:4; EuGH, Urteil vom 18.2.1979, Rs. 40/69 – *Bollmann*, ECLI:EU:C:1970:12.

85 Ständige Rechtsprechung seit EuGH, Urteil vom 12.11.1969, Rs. C-29/69 – *Stauder*, Rn. 7, ECLI:EU:C:1969:57, wonach die Grundrechte der Person Bestandteil der allgemeinen Rechtsgrundsätze sind, deren Wahrung durch den EuGH garantiert wird; ausführlich erkennt der EuGH die Grundrechtsschranke in der *Nold*-Entscheidung an und zieht die Grenze seines eigenen Anwendungsbereichs

nationale wird.⁸⁶ D grund zu kein rech entspreci ausgesetz. rechdeka entsprich die neue Art. 52 A fassungsi ferungen Im Folge Vorrang

Nach der Luxembliche Rec

in der 1 gliedsta 14, ECI EU:C:1 EuGH, 14.12.20 18.7.20) tum siel 86 So *Ross* (GK), U (GK), I EuGH, 87 Die am (d.h. bis nisquell Konzep liche Er rechte, i Grundz 88 *Von Da* (oben N Gemein angesto 89 EuGH, 90 EuGH, dei Tratt IV, 152; 2331; G Giurispri national 377 f.

nationalen Verfassungstraditionen (ohne weitere Begründungen) Bezug genommen wird.⁸⁶ Die traditionelle Anerkennung der Grundrechte ist vor allem vor dem Hintergrund zu sehen, dass in der Zeit vor dem Vertrag von Lissabon im Gemeinschaftsrecht kein rechtlich verbindlicher Grundrechte-Katalog verankert war⁸⁷ und sich der EuGH entsprechenden Einwänden und Vorbehalten seitens nationaler Verfassungsgerichte ausgesetzt sah. Seit dem Vertrag von Lissabon gilt ein rechtsverbindlicher Grundrechtekatalog, dessen Hierarchie in den Rechtsquellen dem primären Unionsrecht entspricht (Art. 6 Abs. 1 S. 1 EUV).⁸⁸ Insofern wurde mit Spannung erwartet, wie sich die neue GRC auf den Anwendungsvorrang des Unionsrechts auswirkt, zumal nach Art. 52 Abs. 4 GRC die Grundrechte der GRC, wie sie sich aus den gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen der Mitgliedstaaten ergeben, im Einklang mit diesen Überlieferungen ausgelegt werden sollen.

Im Folgenden soll in einem kurzen Überblick die Rechtsprechungsentwicklung zum Vorrang des Gemeinschaftsrechts vor nationalem Recht skizziert werden.

a) Entwicklungen vor dem Vertrag von Lissabon

Nach der wegweisenden Entscheidung im Verfahren *Van Gend & Loos*⁸⁹ zeigten die Luxemburger Richter in der *Costa/ENEL*-Entscheidung⁹⁰ auf, dass keine innerstaatliche Rechtsvorschrift dem Gemeinschaftsrecht vorgeht, weil das Recht der EG durch

in der Unantastbarkeit des Wesensgehaltes der Grundrechte, wie sie von den Verfassungen der Mitgliedstaaten anerkannt und geschützt werden: EuGH, Urteil vom 14.5.1974, Rs. C-4/73 – Nold, Rn. 13, 14, ECLI:EU:C:1974:51; vgl. ferner EuGH, Urteil vom 13.12.1979, Rs. C-44/79 – Hauer, Rn. 15, ECLI:EU:C:1979:290; EuGH, Urteil vom 6.3.2001, Rs. C-274/99 – Connolly, Rn. 37, ECLI:EU:C:2001:127; EuGH, Urteil vom 14.10.2004, Rs. C-36/02 – Omega, Rn. 33, ECLI:EU:C:2004:614; EuGH, Urteil vom 14.12.2006, Rs. C-283/05 – ASML Netherlands BV, Rn. 26, ECLI:EU:C:2006:787; EuGH, Urteil vom 18.7.2013, Rs. C-501/11 – Schindler Holding Ltd u.a., Rn. 124, ECLI:EU:C:2013:522; aus dem Schrifttum siehe etwa *Tizzano*, EuGRZ 2010, 1, 7.

86 So *Rossi*, Yearbook of European Law 27 (2008), S. 65, 71; etwa im strafrechtlichen Kontext, vgl. EuGH (GK), Urteil vom 3.5.2005, Rs. C-387/02 u.a. – Berlusconi u.a., Rn. 67 ff., ECLI:EU:C:2005:270; EuGH (GK), Urteil vom 16.6.2005, Rs. C-105/03 – Pupino, Rn. 58, ECLI:EU:C:2005:386; vgl. ferner auch EuGH, Urteil vom 8.3.2007, Rs. C-45/06 – Campina GmbH & Co., Rn. 32, ECLI:EU:C:2007:154.

87 Die am 7.12.2000 proklamierte Charta der Grundrechte der Europäischen Union (GRC) war zunächst (d.h. bis zum Vertrag von Lissabon) nicht rechtsverbindlich und galt daher lediglich als Rechtserkenntnisquelle. So bemerkte *Calliess*, Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Fragen der Konzeption, Kompetenz und Verbindlichkeit, EuZW 2001, 261, 267 treffend, dass die GRC als feierliche Erklärung den EuGH nach damaligen Stand nicht binden konnte; zustimmend *Kühling*, Grundrechte, in: von Bogdandy/Blast (Hrsg.), Europäisches Verfassungsrecht. Theoretische und dogmatische Grundzüge, 2. Auflage, Berlin und Heidelberg 2009, S. 657, 666.

88 *Von Danwitz*, Jahrbuch für Italienisches Recht 21 (2008), S. 3, 15; nach *Kühling*, in: von Bogdandy/Blast (oben N. 87), S. 657, 664 stellt die Verkündung der GRC eine „Zäsur“ im Grundrechtsschutzsystem der Gemeinschaft dar, mit dem auch eine grundlegende Neuausrichtung zur Entwicklung der Grundrechte angestoßen wurde.

89 EuGH, Urteil vom 5.2.1963, Rs. C-26/62 – Van Gend en Loos, ECLI:EU:C:1963:1.

90 EuGH, Urteil vom 15.7.1964, Rs. C-6/64 – Costa/ENEL, ECLI:EU:C:1964:66; dazu *Catalano*, Portata dei Trattati istitutivi delle Comunità europee e limiti dei poteri sovrani degli Stati membri, Foro it. 1964, IV, 152; *Ehle*, Verhältnis des europäischen Gemeinschaftsrechts zum nationalen Recht, NJW 1964, 2331; *Gori*, La preminenza del diritto della Comunità europea sul diritto interno degli Stati membri, Giurisprudenza italiana 1964, 1073; *Großfeld*, Recht der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und nationales Recht, JuS 1966, 347; vgl. ferner auch *Bin*, in: Studi in onore di Modugno, Napoli 2011, S. 363, 377 f.

die Übertragung staatlicher Kompetenzen an die Gemeinschaft verbindliche Regelungen für die Mitgliedstaaten und ihre Staatsbürger erlassen werden.⁹¹ Wegen der speziellen Charakteristik des Gemeinschaftsrechts kann es nicht durch innerstaatliches Recht eingeschränkt werden.

Ausdrücklich verankert wurde der Vorrang des Gemeinschaftsrechts im „Internationale Handelsgesellschaft“-Urteil. Dort stellte der EuGH mit Blick auf das Problem eines möglichen Widerspruchs zwischen Grundrechten (der deutschen Verfassung) und dem Gemeinschaftsrecht fest, dass die Gültigkeit von Handlungen der Gemeinschaftsorgane nur nach Gemeinschaftsrecht beurteilt werden kann, da dieses wegen seiner Eigenständigkeit allen innerstaatlichen Rechtsvorschriften vorgehen muss, wenn ihm nicht sein Charakter als Gemeinschaftsrecht aberkannt und seine Rechtsgrundlage selbst in Frage gestellt werden soll. Deshalb bleibt die Gültigkeit von Gemeinschaftsrecht und darauf basierende Handlungen in den Mitgliedstaaten unberührt, selbst wenn die Verletzung verfassungsrechtlich verankerter Grundrechte oder Verfassungsstrukturprinzipien geltend gemacht wird. Gleichwohl ergänzte der EuGH, dass der Grundrechtsschutz integrativer Bestandteil der allgemeinen Rechtsgrundsätze des Gemeinschaftsrechts ist, wobei sich dessen Gewährleistung allerdings auch in die Struktur und die Ziele der Gemeinschaft einfügen muss.⁹²

Diese Auffassung wurde in der Dow Chemical Ibérica-Entscheidung bekräftigt. Zwar gehören die Grundrechte zu den allgemeinen Rechtsgrundsätzen, die der EuGH im Einklang mit den gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen der Mitgliedstaaten und den von diesen abgeschlossenen völkerrechtlichen Verträgen zu wahren hat. Allerdings bleibt die Gültigkeit einer Gemeinschaftshandlung bzw. ihre Geltung in einem Mitgliedstaat unberührt, selbst wenn eingewandt wird, dass Grundrechte des nationalen Verfassungsrechts oder Strukturprinzipien der nationalen Verfassung verletzt werden.⁹³

Aus dem Vorrang des Gemeinschaftsrechts ergibt sich nach ständiger Rechtsprechung des EuGH, dass die innerstaatlichen Gerichte bei der Anwendung der Bestimmungen des Gemeinschaftsrechts allenfalls entgegenstehende nationale Regelungen unangewendet lassen, um dem Gemeinschaftsrecht volle Wirksamkeit zukommen zu lassen.⁹⁴

91 Die EuGH-Entscheidung ist vor dem Hintergrund der vorangehenden Entscheidung des italienischen Verfassungsgerichts zu sehen, in dem es den Vorrang des Gemeinschaftsrechts verneint hatte: Corte Costituzionale, Urteil vom 7.3.1964, n. 14 – Costa/ENEL.

92 EuGH, Urteil vom 17.12.1970, Rs. C-11/70 – Internationale Handelsgesellschaft, Rn. 3, 4, ECLI:EU:C:1970:114; vgl. auch die kurze und prägnante Zusammenfassung in EuGH (GK), Urteil vom 8.9.2010, Rs. C-409/06 – Winner Wetten, Rn. 61, ECLI:EU:C:2010:503; „Es kann nämlich nicht zugelassen werden, dass Vorschriften des nationalen Rechts, auch wenn sie Verfassungsrang haben, die einheitliche Geltung und die Wirksamkeit des Unionsrechts beeinträchtigen“.

93 EuGH, Urteil vom 17.10.1989, Rs. C-97/87 – Dow Chemical Ibérica u.a./Kommission, Rn. 10, 38, ECLI:EU:C:1989:380.

94 Vgl. EuGH, Urteil vom 9.3.1978, Rs. C-106/77 – Simmenthal, Rn. 21 ff., ECLI:EU:C:1978:49; EuGH, Urteil v. 8.3.1979, Rs. C-130/78 – Salumificio di Cornuda, Rn. 23 ff., ECLI:EU:C:1979:60; EuGH, Urteil vom 19.6.1990, Rs. C-213/89 – Factorame u.a., Rn. 19 ff., ECLI:EU:C:1990:257; EuGH (GK), Urteil vom 18.7.2007, Rs. C-119/05 – Lucchini, Rn. 61, ECLI:EU:C:2007:434; ferner auch EuGH, Urteil vom 19.11.2009, Rs. C-314/08 – Filipiak, Rn. 81, ECLI:EU:C:2009:719; EuGH (GK), Urteil vom 22.6.2010, Rs. C-188/10 u. C-189/10 – Melki u. Abdeli, Rn. 44, ECLI:EU:C:2010:363; EuGH, Urteil vom 11.9.2014, Rs. C-112/13 – A. gegen B. u.a., Rn. 36, ECLI:EU:C:2014:2195.

Weite
Geme
Rech
nicht
EuGH
den n
gesch
dert e
nach
le – d
nen.⁹⁶
AIFC
schaft
letzur
meins

Mit d
die M
lich d
GRC
strebt
GRC
veau-
oder v
den, d
nation
bzw. d
ten an
sätzlic
EuGH
Natur

95 E
(
E
96 E
E
97 E
2f
98 V
3f
99 Z
E
ac
100 In
Fi

Weiters vertreten die Luxemburger Richter mit Blick auf Vorrang und Einheit des Gemeinschafts- bzw. Unionsrecht die Ansicht, dass für den Fall einer behängenden Rechtssache vor dem innerstaatlichen Gericht, bei der die anzuwendende Vorschrift nicht nur unionsrechts-, sondern auch verfassungswidrig ist, selbst dann der EuGH mittels Vorabentscheidungsverfahren gemäß Art. 267 AEUV angerufen werden muss, wenn nach nationalem Recht ein Rechtsbehelf innerstaatlich zwingend vorgeschrieben wäre.⁹⁵ Die Sicherstellung des unionsrechtlichen Vorrangpostulats erfordert es nämlich, dass nationale Gerichte in jedem Moment des Verfahrens – und selbst nach Abschluss eines Zwischenverfahrens zur verfassungsrechtlichen Normenkontrolle – dem EuGH erforderlichenfalls jede Frage zur Vorabentscheidung vorlegen können.⁹⁶ Mit Blick auf Italien schloss das EuG in seiner Entscheidung zu Gonnelli und AIFO ausdrücklich aus, dass das italienische Verfassungsgericht bestimmte Gemeinschaftsrechtsakte zwecks Behebung von innerstaatlich verankerten Grundrechtsverletzungen (im konkreten Fall: Rechtsschutzmängel) nicht anwendet. Denn dem Gemeinschaftsrecht kommt Vorrang vor dem nationalen Recht zu.⁹⁷

b) Entwicklungen nach Lissabon

Mit dem Vertrag von Lissabon wurde die GRC rechtsverbindlich. Damit sind nicht nur die Mitgliedstaaten (bei der Durchführung von Unionsrecht), sondern auch ausdrücklich die Unionsorgane an einen spezifischen Grundrechtskatalog gebunden (Art. 51 GRC). Die GRC bezweckt dabei nicht eine Art Implementierung der EMRK, sondern strebt gegenüber der EMRK einen umfassenderen Grundrechtsschutz an,⁹⁸ den die GRC über eine höhere Grundrechtsdichte zu erreichen versucht. Durch die Schutzniveau-Klausel in Art. 53 GRC darf keine Bestimmung der GRC einer einschränkenden oder verletzenden Auslegung für Menschenrechte und Grundfreiheiten zugeführt werden, die im jeweiligen Anwendungsbereich durch Unionsrecht, Völkerrecht und internationale Übereinkommen, bei denen sämtliche Mitgliedstaaten, die Gemeinschaft bzw. die Union Vertragsparteien sind, sowie durch die Verfassungen der Mitgliedstaaten anerkannt sind. Gleichwohl ändert die Klausel des Art. 53 GRC nichts am grundsätzlichen Vorrang des Unionsrechts.⁹⁹ Das wird in der jüngeren Rechtsprechung des EuGH bestätigt, in der sich der Luxemburger Gerichtshof mit Fragen strafrechtlicher Natur auseinandersetzt.¹⁰⁰

- 95 EuGH, Urteil vom 27.6.1991, Rs. C-348/89 – Mecnarte, Rn. 39, 45, 46, ECLI:EU:C:1991:278; EuGH (GK), Urteil vom 22.6.2010, Rs. C-188/10 u. C-189/10 – Melki u. Abdeli, Rn. 45, ECLI:EU:C:2010:363; EuGH, Urteil vom 11.9.2014, Rs. C-112/13 – A. gegen B. u.a., Rn. 38, ECLI:EU:C:2014:2195.
- 96 EuGH (GK), Urteil vom 22.6.2010, Rs. C-188/10 u. C-189/10 – Melki u. Abdeli, Rn. 51 f., ECLI:EU:C:2010:363.
- 97 EuG, Beschluss vom 2.4.2004, Rs. T-231/02 – Gonnelli und AIFO/Kommission, Rn. 57, ECLI:EU:T:2004:105.
- 98 Vgl. statt vieler *Kirchhof*, Grundrechtsschutz durch europäische und nationale Gerichte, NJW 2011, 3681, 3685 f.
- 99 Zum Vorrang des Unionsrechts vgl. etwa EuGH, Gutachten vom 14.12.1991, Rs. 1/91, Rn. 21, ECLI:EU:C:1991:490; EuGH, Gutachten vom 8.3.2011, Rs. 1/09, Rn. 65, ECLI:EU:C:2011:123; EuGH, Gutachten vom 18.12.2014, Rs. 2/13, Rn. 166, 188 f., ECLI:EU:C:2014:2454.
- 100 Instrukтив *Safferling*, Der EuGH, die Grundrechtecharta und nationales Recht: Die Fälle Åkerberg Fransson und Melloni, NStZ 2014, 545, 547 ff.

So nahm der EuGH in Åkerberg Fransson die Gelegenheit wahr, die Reichweite zur Anwendbarkeit der GRC zu präzisieren, indem er sich mit dem Kriterium der Durchführung des Unionsrechtes nach Art. 51 Abs. 1 GRC auseinandersetzte. Dazu führten die Luxemburger Richter aus, dass keine unionsrechtliche Fallkonstellation denkbar wäre, in der die GRC nicht gelten würde: „Die Anwendbarkeit des Unionsrechtes umfasst die Anwendbarkeit der durch die Charta garantierten Grundrechte.“¹⁰¹ Gleichzeitig legte der EuGH auch in späteren Judikaturen dar, dass er das „Durchführen von Unionsrecht“ durch die nationalen Mitgliedstaaten sehr weitreichend interpretiert.¹⁰² Zu prüfen sei insbesondere, inwiefern mit der nationalen Regelung eine Durchführung von Bestimmungen des Unionsrechtes bezweckt wird, welchen Charakter die betreffende Vorschrift hat und ob durch sie „nicht andere als die unter das Unionsrecht fallenden Ziele verfolgt werden, selbst wenn sie das Unionsrecht mittelbar beeinflussen kann, sowie ferner, ob es eine Regelung des Unionsrechtes gibt, die für diesen Bereich spezifisch ist oder ihn beeinflussen kann“.¹⁰³ Der europarechtliche Bezug wurde im Åkerberg Fransson-Fall über die einschlägigen unionsrechtlichen Zielvorgaben (Art. 4 Abs. 3 EUV, Art. 325 AEUV, Mehrwertsteuer-RL¹⁰⁴) hergestellt, obwohl die innerstaatlichen (Steuer-)Vorschriften formell gar nicht auf den genannten Rechtsquellen beruhten.¹⁰⁵ Sofern das Handeln der Mitgliedstaaten durch das Unionsrecht bei dessen Durchführung nicht vollständig determiniert ist, kann der Mitgliedstaat den Grundrechtsschutz nach nationalen Standards anzuwenden. Gleichwohl muss die Anwendung nationaler Schutzstandards einerseits das Schutzniveau der GRC, wie es vom EuGH ausgelegt wird, beachten. Andererseits darf diese Anwendung nicht den Vorrang, die Einheit und die Wirksamkeit des Unionsrechtes beeinträchtigen.¹⁰⁶

Das Verhältnis von Vorrang, Einheit und Wirksamkeit von Unionsrecht in Bezug auf den nationalen Schutzstandard der Grundrechte war Gegenstand der Melloni-Entscheidung, die am selben Tag wie das Åkerberg Fransson-Urteil erging. Das spanische Verfassungsgericht hatte sich im Vorabentscheidungsverfahren u.a. mit der Frage an den EuGH gewandt, ob ein höherer nationaler Schutzstandard von Grundrechten dem EU-Recht bei der Durchführung einzelner Maßnahmen entgegensteht. Der EuGH entwickelte seine Lösung nicht im Lichte des Grundsatzes der Meistbegünstigung und damit des jeweils höchsten Schutzniveaus, wie er es noch in einigen Entscheidungen

101 EuGH (GK), Urteil vom 26.2.2013, Rs. C-617/10 – Åkerberg Fransson, Rn. 21, ECLI:EU:C:2013:105.
 102 *Swoboda*, ZIS 2018, 276 spricht von einem „raumgreifenden Interpretationsvorrang für die Festlegung von Grundrechtsmindeststandards nach Maßgabe des Unionsrechtes“, den sich der EuGH gesichert hat; vgl. auch *Woelk*, ZÖR 68 (2013), 531, 555; zu den verschiedenen Anwendungsfallgruppen im Strafrecht siehe *Meyer*, ZStW 128 (2016), 1089, 1099 ff. m.w.N.
 103 EuGH, Urteil vom 6.3.2014, Rs. C-206/13 – Siragusa, Rn. 25, ECLI:EU:C:2014:126. Die Grundrechte der GRC sind demnach dann nicht anwendbar, wenn das Unionsrecht im betreffenden Sachbereich diesbezüglich keine Verpflichtungen der Mitgliedstaaten schafft (Rn. 26).
 104 Richtlinie 2006/112/EG des Rates vom 28.11.2006 über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem, ABl. (EU) L 347/1 vom 11.12.2006.
 105 EuGH (GK), Urteil vom 26.2.2013, Rs. C-617/10 – Åkerberg Fransson, Rn. 25 ff., ECLI:EU:C:2013:105; vgl. *Kokott*, NZWiSt 2017, 409, 410 f.; *Meyer*, ZStW 128 (2016), 1089, 1105; *Swoboda*, ZIS 2018, 276, 284.
 106 EuGH (GK), Urteil vom 26.2.2013, Rs. C-617/10 – Åkerberg Fransson, Rn. 29, ECLI:EU:C:2013:105.

zuvor v
 Anwen
 rechtsa
 weiterh
 nationa
 Auslegu
 rechts l
 gesetzt,
 durch b
 haben s
 „Åkerb
 der nati
 Die Fol
 führten
 gen Zä
 weitere
 sich nat
 rechtlic
 gericht
 erfolger

107 In d
 für c
 sind
 best
 nach
 der
 Uni
 glied
 vorg
 ECI
 108 EuC
 selb
 Rs. c
 cont
 109 EuC
 tigt
 EuC
 Urte
 110 So S
 111 EuC
 112 *Saff*
 sche
 des J
 113 So e

zu vor vertreten hatte.¹⁰⁷ Er lehnte diesen Ansatz mit Verweis auf den unionsrechtlichen Anwendungsvorrang ab.¹⁰⁸ Haben Mitgliedstaaten bei der Durchführung von Unionsrechtsakten einen Ermessensspielraum, so können nationale Gerichte und Behörden weiterhin die Gewährleistung nationaler Grundrechte sicherstellen, sofern durch den nationalen grundrechtlichen Schutzstandard weder das Schutzniveau der GRC laut Auslegung des EuGH, noch der Vorrang, die Einheit und die Wirksamkeit des Unionsrechts beeinträchtigt werden.¹⁰⁹ Der Anwendungsvorrang wurde damit über die GRC gesetzt,¹¹⁰ denn die „Geltung des Unionsrecht [kann] in einem Mitgliedstaat nicht dadurch beeinträchtigt werden, dass dieser Staat Vorschriften des nationalen Rechts, und haben sie auch Verfassungsrang, geltend macht.“¹¹¹ Insofern wurde im Schrifttum vom „Åkerberg-Melloni-Effekt“ gesprochen, der unter anderem zu einer Marginalisierung der nationalen Verfassungsidentität führt.¹¹²

Die Folgen dieser Marginalisierung zeichneten sich in der Taricco-Saga ab (o. II.) und führten in der M.A.S. und M.B.-Entscheidung vom Dezember 2017 zu einer vorläufigen Zäsur. Gleichwohl ist den Stimmen im Schrifttum¹¹³ zuzustimmen, dass erst der weitere Dialog der nationalen Höchstgerichte mit dem EuGH zeigen wird, inwiefern sich nationale Grundrechtsstandards mit dem unionsrechtlichen Anspruch auf unionsrechtlichen Vorrang vereinbaren lassen. In der Gesprächskultur zwischen Verfassungsgericht und EuGH wird der Rückgriff auf Controlimiti vermutlich auch in Zukunft erfolgen. Daher erscheint ein näherer Blick auf die Controlimiti lohnenswert.

107 In der Omega-Entscheidung hatte der EuGH noch die Bedeutung der Achtung der Menschenwürde für das Gemeinschaftsrecht unterstrichen und dargelegt, dass die Grundrechte grundsätzlich geeignet sind, eine Beschränkung von Verpflichtungen zu rechtfertigen, die nach dem Gemeinschaftsrecht bestehen: EuGH, Urteil vom 14.10.2004, Rs. C-36/02 – Omega, Rn. 35, ECLI:EU:C:2004:614. Auch nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon hatte der EuGH zunächst diese Linie bestätigt. In der Rechtssache Sayn-Wittgenstein hielt der EuGH einen Eingriff in die Personenfreizügigkeit von Unionsbürgern (konkret: Verbot des Gebrauchs von Adelstiteln) für zulässig, der durch den Mitgliedstaat aus Gründen der nationalen Verfassungsidentität und zur Wahrung des Gleichheitssatzes vorgenommen wurde: EuGH, Urteil vom 22.12.2010, Rs. C-208-09 – Sayn-Wittgenstein, Rn. 93 f., ECLI:EU:C:2010:806.

108 EuGH (GK), Urteil vom 26.2.2013, Rs. C-399/11 – Melloni, Rn. 58 ff., ECLI:EU:C:2013:107; in dieselbe Richtung zeigte das kurz vorher ergangene Radu-Urteil: EuGH (GK), Urteil vom 29.1.2013, Rs. C-396/11 – Radu, ECLI:EU:C:2013:39; vgl. *De Amicis, Il caso Taricco e le corti nel prisma dei controlimiti: dialogo o supremazia?*, in: Bernardi/Cupelli (oben N. 17), S. 133, 137 ff.

109 EuGH (GK), Urteil vom 26.2.2013, Rs. C-399/11 – Melloni, Rn. 60, ECLI:EU:C:2013:107; bestätigt etwa durch EuGH, Urteil vom 6.3.2014, Rs. C-206/13 – Siragusa, Rn. 32; ECLI:EU:C:2014:126; EuGH, Urteil vom 10.7.2014, Rs. C-198/13 – Hernández u.a., Rdn. 47, ECLI:EU:C:2014:2055; EuGH, Urteil vom 11.9.2014, Rs. C-112/13 – A. gegen B. u.a., Rn. 44, ECLI:EU:C:2014:2195.

110 So *Safferling*, NStZ 2014, 545, 549 f.

111 EuGH (GK), Urteil vom 26.2.2013, Rs. C-399/11 – Melloni, Rn. 59.

112 *Safferling*, NStZ 2014, 545, 551; ähnlich auch *Swoboda*, ZIS 2018, 276, 282, die den beiden EuGH-Entscheidungen „die Basis für die Definitionsvorrangs- und Grundrechteverdrängungsrechtsprechung des EuGH“ sieht.

113 So etwa *Burchardt*, EuR 2018, 248, 263.

IV. Controlimiti

Allgemeinhin sind Verfassungswerte einer Abwägung zugänglich. Dies betont auch das italienische Verfassungsgericht in ständiger Rechtsprechung, indem es etwa bildhaft darlegt, dass alle Rechte, die von der Verfassung geschützt sind, einer notwendigen Interessensabwägung unterliegen, welche den einheitlichen – und nicht fragmentarischen – Schutz der betroffenen verfassungsrechtlichen Interessen garantiert, sodass keines dieser Rechte einen absoluten und unbegrenzten Schutz erfährt und auf diese Weise zum Tyrannen wird.¹¹⁴

Gleichwohl identifiziert die Corte Costituzionale wesentliche Prinzipien der italienischen Rechtsordnung sowie die unveräußerlichen Menschenrechte als kompromisslos zu garantierende Kernbereiche der Verfassung. Die fundamentalen Verfassungsprinzipien bilden dabei nicht nur eine (mögliche) Schranke der europäischen Integration (Art. 11 Cost.), sondern auch gegenüber Einflüssen aus dem Völkergewohnheitsrecht und allgemeinen Rechtsgrundsätzen des Völkerrechts (Art. 10 Cost.).¹¹⁵ Das Verfassungsgericht selbst greift auf den Begriff „Controlimit“ nur in Ausnahmefällen zurück.¹¹⁶

1. Entwicklung durch die Verfassungsrechtsprechung

Die Wurzeln der Controlimiti-Theorie finden sich im Kontext der italienischen Verfassungsrechtsprechung im Urteil Nr. 98/1965.¹¹⁷ Das Höchstgericht hatte im Zuge eines Normkontrollverfahrens die Verfassungswidrigkeit von Einzelaspekten des EGKS-Vertrages zu prüfen und bestätigte die rechtliche Möglichkeit, internationale Verträge einer Kontrolle über die Verfassungswidrigkeit zuzuführen. Im Lichte von

114 Instruktiv Corte Costituzionale, Urteil vom 9.5.2013, n. 85 – Ilva, Rn. 9: „Tutti i diritti fondamentali tutelati dalla Costituzione si trovano in rapporto di integrazione reciproca e non è possibile pertanto individuare uno di essi che abbia la prevalenza assoluta sugli altri. La tutela deve essere sempre «sistemica e non frazionata in una serie di norme non coordinate ed in potenziale conflitto tra loro» (sentenza n. 264 del 2012). Se così non fosse, si verificherebbe l'illimitata espansione di uno dei diritti, che diverrebbe „tiranno“ nei confronti delle altre situazioni giuridiche costituzionalmente riconosciute e protette, che costituiscono, nel loro insieme, espressione della dignità della persona.“; vgl. auch Corte Costituzionale, Urteil vom 24.3.2016, n. 63 – Rn. 8; jeweils m.w.N.

115 Letztlich würde deshalb auch die EMRK unter einen Schranken-Schranken-Vorbehalt fallen. Allerdings erfährt die EMRK in der italienischen Rechtsordnung keine unmittelbare Wirkung und steht in der Hierarchie der Rechtsquellen zwar über dem Gesetz, doch unterhalb des Verfassungsrechts: Corte Costituzionale, Urteil vom 22.10.2007, n. 348 – Rn. 4, 7; vgl. dazu *Woelk*, ZÖR 68 (2013), 531, 535 ff.

116 Vgl. statt vieler Corte Costituzionale, Urteil vom 24.10.2007, n. 349 – Rn. 2.2; Corte Costituzionale, Urteil vom 28.11.2012, n. 264 – Rn. 3.2; Corte Costituzionale, Urteil vom 22.10.2014, n. 238 – Rn. 3.2.; im *Taricco II*-Vorlagebeschluss des Verfassungsgerichts hingegen wird der Begriff „Controlimiti“ nicht ausdrücklich verwendet. Das Vorlagegericht beschränkt sich auf die folgende Feststellung: „Se l'applicazione dell'art. 325 del TFUE comportasse l'ingresso nell'ordinamento giuridico di una regola contraria al principio di legalità in materia penale, come ipotizzano i rimettenti, questa Corte avrebbe il dovere di impedirlo.“ (Corte Costituzionale, Beschluss vom 26.1.2017, n. 24 – Rn. 2).

117 Der Begriff „Controlimiti“ wurde im italienischen Schrifttum im Anschluss an das Verfassungsurteil Nr. 98/1965 entwickelt. Soweit ersichtlich, wurde der Begriff erstmals durch *Barile*, *Ancora su diritto comunicatio e diritto interno*, in: *Studi per il ventesimo anniversario dell'Assemblea costituente*, Bd. 6: *Autonomie e garanzie costituzionali*, 1969, S. 33, 49 gebraucht, wobei der Autor bisweilen auch von „controlimitazioni“ spricht: *Barile*, *Il cammino comunitario della Corte*, *Giurisprudenza costituzionale* 1973, 2416.

Art. 1
schut
te Re
inner:
teil d
zählt
werde

Die e
Urtei
über
se Ve
schaff
entsp
lative
die E
vor u
diese
meins
te Gr
einer
träge
Unve
fassur

Diese
richts
dung,
dem r
der E
gerich
sungs
sich d
durch
Ben w

118 C
C
119 C
N
120 C
fa
R
ku
zi
121 C
te
122 V
(2
ve

Art. 11 Cost. ging die Corte Costituzionale auch auf die Gewährleistung von Rechtsschutzgarantien ein, die im konkreten Fall aber letztlich keine entscheidungsrelevante Rolle einnahmen. Trotzdem hielten die Richter diesbezüglich fest, dass sich die innerstaatlichen Wirkungen von gemeinschaftsrechtlichen Handlungen ohne Nachteil des Rechts auf Rechtsschutz für den Einzelnen entfalten. Denn der Rechtsschutz zählt zu den unverletzlichen Menschenrechten, die durch die Verfassung gewährleistet werden.¹¹⁸

Die erste ausführliche Auseinandersetzung mit den Controlimiti erfolgte im Frontini-Urteil.¹¹⁹ Zunächst hielten die Verfassungsrichter fest, dass das Gemeinschaftsrecht über Art. 11 Cost. in die innerstaatliche Rechtsordnung einwirkt, da Italien über diese Verfassungsvorschrift notwendige Souveränitätseinschränkungen für die gemeinschaftsrechtlichen Zielsetzungen akzeptiert. Deshalb können sich aus Art. 11 Cost. entsprechende Einschränkungen von staatlichen Kompetenzen im Bereich der Legislative, Exekutive und Judikative ergeben. Gleichzeitig hob die Corte Costituzionale die Einschränkungen zum Kompetenzbereich und zu den Zielsetzungen der EG hervor und unterstrich, dass die Souveränitätsbeschränkungen nach Art. 11 Cost. nur für diese ausdrücklich festgelegten Bereiche gelten. Insofern ist auszuschließen, dass Gemeinschaftsorgane Handlungen vornehmen dürfen, die verfassungsrechtlich garantierte Grundrechte oder unveräußerliche Menschenrechte verletzen. Sollte es dennoch zu einer derartigen Handlung oder einer entsprechenden Auslegung der Gründungsverträge kommen, so bleibt die Prüfkompetenz des Verfassungsgerichts bestehen, etwaige Unvereinbarkeiten dieser Verträge mit den fundamentalen Rechtsprinzipien der Verfassung zu prüfen.¹²⁰

Diese Grundsätze fanden in den nachfolgenden Entscheidungen des Verfassungsgerichts ihren Niederschlag. So betonten die Höchstrichter in ihrer Granital-Entscheidung, in der die Kehrtwende hin zum Vorrang des Gemeinschaftsrechts gegenüber dem nationalen Recht vollzogen wurde, dass das innerstaatliche Durchführungsgesetz der Europäischen Verträge weiterhin dem Normenkontrollbereich des Verfassungsgerichts unterfällt, und zwar hinsichtlich der wesentlichen Grundsätze der Verfassungsrechtsordnung und den unveräußerlichen Menschenrechten.¹²¹ Gleichzeitig hielt sich die Corte Costituzionale die Überprüfung jener innerstaatlichen Gesetzen offen, durch die der italienische Gesetzgeber bewusst gegen europäische Vorgaben verstößt, ohne jedoch den Vertrag aufzukündigen.¹²²

118 Corte Costituzionale, Urteil vom 27.12.1965, n. 98 – Acciaierie San Michele; vgl. *Cartabia*, in: Bifulco/Celotto/Olivetti (oben N. 56), S. 263, 287.

119 Corte Costituzionale, Urteil vom 27.12.1973, n. 183 – Frontini; vgl. auch *Caponi/Piekenbrock* (oben N. 33), § 26 Rn. 20; *Cartabia*, in: Bifulco/Celotto/Olivetti (oben N. 56), S. 263, 287 f.

120 Corte Costituzionale, Urteil vom 27.12.1973, n. 183 – Frontini, Rn. 5, 9. Gleichzeitig betont das Verfassungsgericht im letzten Satz vor seinem Urteilstenor, dass es nicht die einzelnen europäischen Rechtsakte einer Normenkontrolle unterziehen kann, weil ihm die Kontrolle der Verfassungsmäßigkeit nach Art. 134 Cost. nur über Gesetze und Rechtsakte mit Gesetzeskraft von Staat und Regionen zusteht und eben europäische Rechtsakte nicht dazu gehören.

121 Corte Costituzionale, Urteil vom 5.6.1984, n. 170 – Granital, Rn. 7; ebenso Corte Costituzionale, Urteil vom 29.12.1988, n. 1146 – Pahl, Rn. 2.1; Corte Costituzionale, Urteil vom 12.4.1989, n. 203 – Rn. 3.

122 Vgl. Corte Costituzionale, Beschluss vom 16.4.1987, n. 141 – Canagiotis; nach *Trockner*, *RabelsZ* 66 (2002), 417, 425 scheint sich der Verfassungsgerichtshof die Entscheidung politisch bedeutsamer Fälle vorbehalten zu wollen.

Ausführlich beschäftigten sich die Verfassungsrichter mit der Controlimiti-Thematik in der Fragd-Entscheidung von 1989. Diesem Urteil war eine Vorabentscheidung des EuGH in der betreffenden Rechtssache vorausgegangen. Hierbei ging es um die Wirkung einer Ungültigkeitserklärung eines Rechtsaktes der Kommission, auf dessen Grundlagen die nationalen Behörden entsprechende Zolleinnahmen verzeichnet hatten. Die vor dem EuGH erwirkte Ungültigkeitserklärung des Rechtsaktes sollte nach der europäischen Fragd-Entscheidung von 1985 aber nicht dazu berechtigen, die aufgrund der (ungültigen) Bestimmung durchgeführte Erhebung oder Zahlung von Währungsausgleichsbeiträgen für den Zeitraum vor dem EuGH-Urteil in Frage zu stellen, weshalb die erwirkte Ungültigkeit letztlich ohne Konsequenzen bleiben sollte.¹²³ Nachdem nun das betreffende Vorlagegericht (Landesgericht von Venedig) die Entscheidung aus Luxemburg erhalten hatte, initiierte es ein Normenkontrollverfahren vor dem Verfassungsgericht wegen möglicher Verletzung der Artikel 23, 24 und 41 Cost. durch das Ratifikations- und Durchführungsgesetz Nr. 1203/1957 der Römischen Gründungsverträge, nämlich soweit Art. 177 EGV dem EuGH die Befugnis zur zeitlichen Begrenzung der Wirkung von Vorabentscheidungen über die Gültigkeit von EU-Rechtsakten einräumt und gerade für jenen Fall ausschließt, aus dem das betreffende Vorabentscheidungsverfahren entstand. Diese Auffassung würde insbesondere dem Recht auf wirksame Verteidigung entgegenstehen. Die Corte Costituzionale betonte, dass Art. 24 Cost. nach ständiger Verfassungsrechtsprechung zu den obersten Prinzipien der italienischen Rechtsordnung gehört und führte dazu aus, dass der gerichtliche Rechtsschutz letztlich substantiell ausgehöhlt werden würde, wenn das Vorlagegericht vom angerufenen Gericht zwar die Ungültigkeit der betreffenden Vorschrift bestätigt bekommt, aber diese Ungültigkeit überhaupt keine Auswirkungen für das Vorlageverfahren hat, weshalb im Ergebnis eine für ungültig erklärte Vorschrift Anwendung finden müsste. Gleichwohl war die Frage nach dem Recht auf Verteidigung im konkreten Fall nicht erheblich, weshalb die verfassungsrechtliche Vorlage letztlich als unzulässig zurückgewiesen wurde.¹²⁴

Im Lichte dieser Ausführungen wurde in den Folgeentscheidungen des Verfassungsgerichts darauf hingewiesen, dass die souveränitätsbeschränkende Öffnungsklausel nach Art. 11 Cost. keine bedingungs- und vorbehaltlose Öffnung gegenüber dem Gemeinschaftsrecht mit sich bringt, da in jedem Fall die essentiellen Rechtsgrundsätze der italienischen Verfassungsordnung sowie die unveräußerlichen Menschenrechte beachtet werden müssen, welche durch das Verfassungsgericht mittels Kontrolle des Gesetzes über die Durchführung der Gründungsverträge der Europäischen Gemeinschaft überprüfen kann.¹²⁵

123 EuGH, Urteil vom 22.5.1985, Rs. C-33/84 – Fragd, Rn. 20, ECLI:EU:C:1985:221.

124 Corte Costituzionale, Urteil vom 21.4.1989, n. 232 – Fragd, Rn. 3.2 und 4.2; vgl. die Anmerkungen von *Caponi/Piekenbrock* (oben N. 33), § 26 Rn. 21; *Carabia*, in: Bifulco/Celotto/Olivetti (oben N. 56), S. 263, 288; *Di Martino*, in: Haratsch (oben N. 44), S. 35, 43 f.; *Trocker*, *RebelsZ* 66 (2002), 417, 426.

125 Vgl. etwa Corte Costituzionale, Urteil vom 18.4.1991, n. 168 – *Industria Dolciaria Giampaoli*, Rn. 4; vgl. ferner auch Corte Costituzionale, Urteil vom 18.12.1995, n. 509 – *Zadonà Albano*, Rn. 2; Corte Costituzionale, Urteil vom 22.3.2001, n. 73 – Rn. 3.1; Corte Costituzionale, Beschluss vom 28.12.2006, n. 454; Corte Costituzionale, Urteil vom 13.7.2007, n. 284 – Rn. 3; vgl. auch die drastische Formulierung in Corte Costituzionale, Urteil vom 22.10.2014, n. 238 – Rn. 3.2.: bei den Controlimiti handelt

Die Co
lediglich
sungspr
letztlich
Control
veränit
gericht
innersta
können
unverät
Corte C
Verfassi
che Vor
im Gen
die das
lung fak
mentale
Control
bzw. Ur
klargest
heitsrec
können,
In der V
der Cor
ge Grur
handelt
bzw. dur

es si
eimm
126 Cort
127 Ausf
Jahrl
128 Cort
129 Cort
130 Cort
n. 23
131 *Mart*
tituzi
Reze
tocol
2016,
132 Cort
n. 18
133 *Villar*
Vicei
costit

2. Inhalt und Reichweite

Die Controlimiti erstrecken sich nicht auf sämtliche Verfassungsnormen, sondern lediglich auf den verfassungsrechtlichen Wesenskern und die unverzichtbaren Verfassungsprinzipien. Diese Beschränkung ist mit Blick auf die europäische Integration letztlich der Funktionalität von Art. 11 Cost. geschuldet, da bei einer Erstreckung der Controlimiti-Garantien auf sämtliche Verfassungsinhalte Einschränkungen der Souveränität zugunsten der Europäischen Union kaum möglich wären. Das Verfassungsgericht hat insofern dargelegt, dass gemeinschaftliche Rechtsakte und Handlungen innerstaatliche Regelungen (auch jene mit verfassungsrechtlichen Rang) verdrängen können – davon ausgenommen sind lediglich wesentliche Verfassungsprinzipien und unveräußerliche Grund- und Menschenrechte.¹²⁶ Dem Gemeinschaftsrecht billigt die Corte Costituzionale innerstaatlich große Gestaltungsfreiheit zu. Denn obwohl die Verfassungsstruktur der Mitgliedstaaten zu achten ist, können gemeinschaftsrechtliche Vorschriften und Handlungen aus Notwendigkeiten organisatorischer Natur, die im Gemeinschaftsrecht fußen, durchaus neue Anwendungsmechanismen vorsehen, die das staatlich-verfassungsrechtliche Modell der innerstaatlichen Kompetenzaufteilung faktisch überwinden¹²⁷, wobei die diesbezügliche Grenzziehung bei den fundamentalen und unveränderbaren Verfassungsprinzipien liegt.¹²⁸ Allgemein hin sind die Controlimiti allerdings kein spezifisches Begrenzungsinstrument für Gemeinschafts- bzw. Unionsrecht. Das italienische Verfassungsgericht hat in seiner Rechtsprechung klargestellt, dass Controlimiti gegen supranationale Rechtsquellen¹²⁹, Völkergewohnheitsrecht¹³⁰ und sämtliche äußere Einflüsse (EMRK inklusive)¹³¹ Anwendung finden können, einschließlich der internationalen Verträge mit dem Heiligen Stuhl.¹³²

In der Verfassungsrechtsprechung finden sich einige Urteile, die sich mit dem Gehalt der Controlimiti befassen. So identifiziert das Verfassungsgericht ausdrücklich einige Grundsätze, die in ihrem Wesensgehalt keiner Veränderung zugänglich sind. Es handelt sich um Prinzipien¹³³, die nicht einmal durch legislative Verfassungsänderung bzw. durch andere Verfassungsgesetze modifiziert werden können, weil sie als absolute

es sich um unverzichtbare Identifikationsmerkmale der verfassungsrechtlichen Ordnung, die nicht einmal einer Verfassungsrevision ausgesetzt werden können.

126 Corte Costituzionale, Urteil vom 31.3.1994, n. 117 – Zerini, Rn. 2.

127 Ausführlich mit Schwerpunkt auf die Beziehung Staat-Regionen-Autonome Provinzen *Happacher*, Jahrbuch für Italienisches Recht 22 (2009), S. 149, 160, 161.

128 Corte Costituzionale, Urteil vom 24.4.1996, n. 126 – Rn. 5 c.

129 Corte Costituzionale, Urteil vom 27.12.1973, n. 183 – Frontini.

130 Corte Costituzionale, Urteil vom 18.6.1979, n. 48 – Rn. 3; Corte Costituzionale, Urteil vom 22.10.2014, n. 238 – Rn. 5.1.

131 *Martinico*, La giurisprudenza della disobbedienza. Il ruolo dei conflitti nel rapporto fra la Corte costituzionale e la Corte europea dei diritti dell'uomo, in: Bernardi (oben N. 14), S. 407 ff.; allgemein zur Rezeption der EMRK im italienischen (Straf-)Recht vgl. *Viganò*, L'impatto della Cedu e dei suoi protocolli sul sistema penale italiano, in: Ubertis/Viganò (Hrsg.), Corte di Strasburgo e giustizia penale, 2016, S. 13 ff.

132 Corte Costituzionale, Urteil vom 1.3.1971, n. 30 – Rn. 3; Corte Costituzionale, Urteil vom 2.2.1982, n. 18 – Rn. 4, 5; vgl. hierzu *Kindler* (oben N. 49), § 4 Rn. 5.

133 *Villani*, I „controlimiti“ nei rapporti tra diritto comunitario e diritto italiano, in: Studi in onore di Vincenzo Starace, Bd. 2, 2008, S. 1297, 1301 beschreibt diese Grundsätze plakatativ als „principi super-costituzionali“.

Grenzen der Verfassungsrevision gelten. Diese Grundsätze sind also nicht nur gegen äußere (z.B. völker- oder europarechtliche), sondern auch gegen interne Einflüsse resistent. Dazu gehört – aufgrund der expliziten Nennung in Art. 139 Cost. – zuvorderst die republikanische Staatsform. Ferner fallen auch Prinzipien darunter, die zu den höchsten Werten gehören, auf denen die Verfassung basiert, selbst wenn diese vom Verfassungstext nicht ausdrücklich als verfassungsrevisionsresistent vorgesehen sind.¹³⁴ Zu diesen wesentlichen Verfassungsgrundsätzen zählte das Verfassungsgericht kürzlich den Schutz des Lebens und der persönlichen Freiheit ebenso wie den Schutz der verfassungsrechtlichen Unversehrtheit der Institutionen der Republik.¹³⁵

Im Kontext der Controlimiti nehmen die Justizgrundrechte und Rechtsschutzmöglichkeiten eine bedeutende Rolle ein.¹³⁶ Das wurde insbesondere in der Fragd-Entscheidung des Verfassungsgerichts zum Ausdruck gebracht. Demnach gehört das Recht auf gerichtlichen Rechtsschutz in Art. 24 Cost. zu den fundamentalen Grundsätzen der italienischen Rechtsordnung. Es stellt nicht nur ein unverletzliches Menschenrecht dar, sondern zählt zu den obersten Verfassungsprinzipien und hängt eng mit dem Demokratieprinzip zusammen, weil es allen Personen bei Streitigkeiten den Gerichtsweg garantiert und eine Streitklärung mittels Gerichtsentscheidung zusichert.¹³⁷ Dem gerichtlichen Klagerecht zur Geltendmachung der eigenen Rechte kommt bereits für sich genommen der Stellenwert eines von der Verfassung gewährleisteten Grundrechts zu, das einen Rechtsstaat charakterisiert und daher unverzichtbar ist.¹³⁸

In seinem Taricco II-Vorlagebeschluss argumentierte das Verfassungsgericht auf dem verfassungsrechtlich garantierten Gesetzlichkeitsgrundsatz (Art. 25 Cost.). So unterstrich es das Legalitätsprinzip für die materiellrechtlichen Bereiche des Strafrechts als einen obersten Grundsatz der Verfassungsordnung und verwies dabei auch auf dessen Verankerung in Art. 49 GRC sowie Art. 7 EMRK.¹³⁹

134 Corte Costituzionale, Urteil vom 29.12.1988, n. 1146 – Rn. 2.1.; vgl. dazu die Besprechung von *Bartole*, *La Corte pensa alle riforme istituzionali?*, *Giurisprudenza costituzionale* 1988, 5570.

135 Corte Costituzionale, Urteil vom 15.1.2013, n. 1.

136 Das italienische Verfassungsgericht misst insbesondere der GRC eine wichtige Bedeutung bei den (Justiz-)Grundrechten zu, weshalb gewisse Stimmen im Schrifttum eine faktische Aufgabe der Controlimiti-Doktrin des Verfassungsgerichts prognostizierten, etwa: *Caponil/Piekenbrock* (oben N. 33), § 26 Rn. 20, 23. Diese Ansicht schien aus der damaligen Sicht gar nicht abwegig. Denn bereits vor dem Inkrafttreten der GRC nahm die Corte Costituzionale darauf Bezug (vgl. Corte Costituzionale, Urteil vom 24.4.2002, n. 135 – Di Sarno, Rn. 2.2 in Bezug auf Art. 7 GRC; Corte Costituzionale, Urteil vom 23.11.2006, n. 393 – Rn. 6.2 in Bezug auf Art. 49 Abs. 1 GRC; Corte Costituzionale, Urteil vom 23.12.2008, n. 438 – Rn. 4 in Bezug auf Art. 3 GRC). Nach dem Inkrafttreten der GRC nahm das Verfassungsgericht Anleihen bei der europäischen Grundrechtecharta, um den jeweiligen Verfassungsmaßstab zu ergänzen: statt vieler vgl. Corte Costituzionale, Urteil vom 28.1.2010, n. 28 – Rn. 7 in Bezug auf Art. 49 GRC; Corte Costituzionale, Urteil vom 11.3.2011, n. 82 – Rn. 3 in Bezug auf Art. 1 GRC; Corte Costituzionale, Urteil vom 23.2.2012, n. 31 – Rn. 3 in Bezug auf Art. 24 GRC.

137 Corte Costituzionale, Urteil vom 21.4.1989, n. 232 – Fragd, Rn. 3.2; ebenso auch Corte Costituzionale, Urteil vom 2.2.1982, n. 18; Corte Costituzionale, Urteil vom 22.10.2014, n. 238 – Rn. 3.3.

138 Corte Costituzionale, Urteil vom 11.2.1999, n. 26 – Moschini, Rn. 3.1; Corte Costituzionale, Urteil vom 22.10.2014, n. 238 – Rn. 3.3.

139 Corte Costituzionale, Beschluss vom 26.1.2017, n. 24 – Rn. 4: „Nell’ordinamento giuridico nazionale il regime legale della prescrizione è soggetto al principio di legalità in materia penale, espresso dall’art. 25, secondo comma, Cost., come questa Corte ha ripetutamente riconosciuto (da ultimo

Die Co
in einer
tive fas
der Mit
auf, die
Identitä
gabe al
promiss
Verfassi
fahren
schen n
Verteidi
Drohun

Über di
Costituz
mehrfac
rechtlich
sentliche
auf, so f

sente
della
Si tra
scipli
indot
le esi
2013
È no
alla c
Corte
zo), c
Pare
Unio
eurog
istitui
Ques
a escl
lo Sta
rispet
diritti
e resa
sareb
dine c
ambit
140 Palaz

3. Anwendung

Die Controlimiti gelangen nach *Francesco Palazzo* sowohl in einer statischen als auch in einer dynamischen Perspektive zur konkreten Anwendung. Die statische Perspektive fasst die Controlimiti als Verteidigungsmaßnahmen verfassungsrechtlicher Werte der Mitgliedstaaten gegenüber möglichen „Aggressionen“ unionsrechtlicher Herkunft auf, die im Widerspruch zum primärrechtlichen Gebot der Beachtung der nationalen Identität stehen. Die dynamische Rolle der Controlimiti manifestiert sich in ihrer Aufgabe als Dialogmaßnahme, wodurch die Mitgliedstaaten mit der Union nach Kompromisslösungen im Spannungsfeld zwischen den Unionszielen und der nationalen Verfassungsperspektive suchen. Wird in Ausnahmefällen mit einem Controlimiti-Verfahren gedroht, soll der EuGH für eine vorsichtige und vernünftige Abwägung zwischen nationalen und unionalen Interessen und Grundsätze sensibilisiert werden.¹⁴⁰ Verteidigung und Dialog sind demnach die Komponenten der präventiven Controlimiti-Drohung durch Verfassungsgerichte gegenüber dem EuGH.

a) Entscheidungsmonopol des Verfassungsgerichts

Über die konkrete Anwendung der Controlimiti entscheidet ausschließlich die Corte Costituzionale. Dieses Entscheidungsmonopol wurde vom Verfassungsgericht bereits mehrfach betont. Tritt ein Spannungsfeld zwischen gemeinschaftsrechtlich oder unionsrechtlich bedingter Nichtanwendung innerstaatlicher Vorschriften einerseits, und wesentlichen Verfassungsgrundsätzen bzw. unveräußerlichen Grundrechten andererseits auf, so hat das mit der Rechtssache befasste Gericht zur Konfliktlösung das Verfas-

sentenza n. 143 del 2014). È perciò necessario che esso sia analiticamente descritto, al pari del reato e della pena, da una norma che vige al tempo di commissione del fatto.

Si tratta infatti di un istituto che incide sulla punibilità della persona e la legge, di conseguenza, lo disciplina in ragione di una valutazione che viene compiuta con riferimento al grado di allarme sociale indotto da un certo reato e all'idea che, trascorso del tempo dalla commissione del fatto, si attenuino le esigenze di punizione e maturi un diritto all'oblio in capo all'autore di esso (sentenza n. 23 del 2013).

È noto che alcuni Stati membri invece muovono da una concezione processuale della prescrizione, alla quale la sentenza resa in causa Taricco è più vicina, anche sulla base della giurisprudenza della Corte europea dei diritti dell'uomo, ma ve ne sono altri, tra cui la Spagna (STC 63/2005, del 14 marzo), che accolgono una concezione sostanziale della prescrizione non differente da quella italiana.

Pare utile osservare che su questo aspetto, che non riguarda direttamente né le competenze dell'Unione, né norme dell'Unione, non sussiste alcuna esigenza di uniformità nell'ambito giuridico europeo. Ciascuno Stato membro è perciò libero di attribuire alla prescrizione dei reati natura di istituto sostanziale o processuale, in conformità alla sua tradizione costituzionale.

Questa conclusione non è stata posta in dubbio dalla sentenza resa in causa Taricco, che si è limitata a escludere l'applicazione dell'art. 49 della Carta di Nizza alla prescrizione, ma non ha affermato che lo Stato membro deve rinunciare ad applicare le proprie disposizioni e tradizioni costituzionali, che, rispetto all'art. 49 della Carta di Nizza e all'art. 7 della Convenzione europea per la salvaguardia dei diritti dell'uomo e delle libertà fondamentali (CEDU), firmata a Roma il 4 novembre 1950, ratificata e resa esecutiva con la legge 4 agosto 1955, n. 848, risultano per l'imputato di maggior favore. Né ciò sarebbe consentito nell'ordinamento italiano quando esse esprimono un principio supremo dell'ordine costituzionale, come accade per il principio di legalità in campo penale in relazione all'intero ambito materiale a cui esso si rivolge“.

¹⁴⁰ *Palazzo*, in: Bernardi (oben N. 14), S. 273, 277 ff.

sungsgericht anzurufen.¹⁴¹ Die Prüfungskompetenz zur etwaigen Überschreitung der Controlimiti steht also allein dem Verfassungsgericht zu.¹⁴²

Der verfassungsgerichtlichen Monopolstellung ist es geschuldet, dass die Entscheidung des Staatsrats Nr. 4207/2005, in der die Controlimiti-Doktrin erstmals in der italienischen Rechtsprechungsgeschichte konkrete Anwendung fand, entschieden abgelehnt wurde.¹⁴³ Der Staatsrat als höchstes Verwaltungsgericht hatte nämlich über den Rückgriff auf die Controlimiti – konkret das Recht auf Gesundheit nach Art. 32 Cost. – eine Einschränkung der europäischen Niederlassungsfreiheit geltend gemacht und gleichzeitig die Initiierung eines Vorabentscheidungsverfahrens an den EuGH ausgeschlossen. Das Oberste Verwaltungsgericht führte dazu unter anderem aus, dass die Grundrechte einen staatlichen Rechtsbereich darstellen, der sich den Einflüssen des Gemeinschaftsrechts vollständig entzieht und dort insofern die staatliche Souveränität fortgeführt wird.¹⁴⁴

b) Staatenimmunität und Völkerrechtsverbrechen

Das Controlimiti-Verfahren wurde durch das italienische Verfassungsgericht bislang nur einmal angewendet, nämlich im weithin beachteten (und zum Teil heftig kritisierten) Urteil Nr. 238/2014.¹⁴⁵ Dabei ging es nicht um einen Konflikt zwischen Verfas-

141 Corte Costituzionale, Beschluss vom 28.12.2006, n. 454.

142 Corte Costituzionale, Urteil vom 9.5.2014, n. 120 – Rn. 4.4; Corte Costituzionale, Urteil vom 13.7.2014, n. 284 – Rn. 3.

143 Consiglio di Stato, Urteil vom 8.8.2005, n. 4207 – Admenta/Federfarma u.a., *Rivista di diritto internazionale* 2006, 255; vgl. dazu die Besprechungen von *Capuano*, *Norme fondamentali del Trattato CE private dell'effetto diretto: la sentenza Admenta*, *Rivista italiano di diritto pubblico comunitario* 2006, 241; *Di Seri*, *Un 'tentativo' di applicazione dei 'controlimiti'*, *Giurisprudenza costituzionale* 2005, 3408; *Morbidei*, *Controlimiti o contro la pregiudizialità comunitaria?*, *Giurisprudenza costituzionale* 2005, 3404; *Pollicino*, *Il difficile riconoscimento delle implicazioni della supremazia del diritto europeo: una discutibile pronuncia del Consiglio di Stato*, *Rivista italiana di diritto pubblico comunitario* 2005, 1939 sowie in deutscher Sprache bei *Caponi/Piekenbrock* (oben N. 33), § 20 Rn. 25; *Di Martino*, in: Haratsch (oben N. 44), S. 35, 43 f. und *Mannefeld* (oben N. 53), S. 192 f.

144 Consiglio di Stato, Urteil vom 8.8.2005, n. 4207 – Admenta/Federfarma u.a., Rn. 3.4. Das Oberste Verwaltungsgericht bemerkte zwar, dass sich der EuGH insbesondere seit der Unterzeichnung des Vertrags von Nizza um eine ausgedehnte Gewährleistung von subjektiven Rechten bemüht. Gleichwohl hielten die Verwaltungsrichter dies für eine nahezu experimentelle Kundmachung, die Ausdruck des Strebens nach einer engeren Union der Mitgliedstaaten sei, welche allerdings noch keine bindende Rechtswirkung hätte, um die nationale Souveränität und ihre verfassungsrechtlichen Eigenheiten zu überwinden.

145 Corte Costituzionale, Urteil vom 22.10.2014, n. 238; vgl. dazu etwa *Branca*, *Il punto sui 'controlimiti'*, *Giurisprudenza costituzionale* 2014, 3899; *Conforti*, *La Corte costituzionale e i diritti umani misconosciuti sul piano internazionale*, *Giurisprudenza costituzionale* 2014, 3885; *Franceschelli*, *Una bussola per orientarsi nella materia delle immunità giurisdizionale degli Stati*, *Cassazione penale* 2016, 4253; *Palmieri*, *Crimini contro l'umanità, danni e risarcimenti: la Consulta attenua l'immunità degli Stati stranieri dalla giurisdizione civile italiana*, *Foro it.* 2015, 1163; *Rimoli*, *La Corte e la Shoah: osservazioni brevi su una sentenza coraggiosa*, *Giurisprudenza costituzionale* 2014, 3915; *Sandulli*, *All'estremo limite dei controlimiti: la Corte costituzionale e l'ordine legale internazionale*, *Foro it.* 2015, 1166; das Urteil findet sich auch auszugsweise in deutscher Sprache in *KritJ* 2015, 202 ff.; vgl. die deutschsprachigen Besprechung von *Fischer-Lescano*, *Schadenersatz bei Menschenrechtsverletzungen*, *KritJ* 2015, 210 ff.; *Hector*, *Zur gerichtlichen Durchsetzung von Staatshaftungsansprüchen für Militäreinsätze nach Völkerrecht und deutschem Recht – zugleich ein Beitrag zu Fragen der Staatenimmunität und des Verhältnisses von Völkerrecht und innerstaatlichem Recht*, in: Bröhmer (Hrsg.), *Europa und*

sungs- und Unionsrecht, sondern um die Anwendbarkeit völkerrechtlicher Grundsätze im innerstaatlichen Recht nach Art. 10 Cost. So erklärte die Corte Costituzionale die Verfassungswidrigkeit zweier innerstaatlicher Gesetzesbestimmungen¹⁴⁶ zur Staatenimmunität in Schadensersatzverfahren, die von Opfern von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit angestrengt worden waren.

Ausgangspunkt des Verfahrens war die erfolgreiche Schadensersatzklage in Italien, die vor italienischen Gerichten von italienischen Staatsbürgern gegen die Bundesrepublik Deutschland betrieben worden war, die während des Zweiten Weltkriegs zur Zwangsarbeit nach Deutschland gebracht worden waren.¹⁴⁷ Auf der Grundlage dieses Urteils wurde die Zwangsvollstreckung in die Villa Vigoni am Comer See eingeleitet, in der die Bundesrepublik ein Kulturzentrum betreibt. Deutschland berief sich im Gerichtsverfahren auf die Staatenimmunität und rief im Anschluss an die italienische Entscheidung den Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag an. In seinem Urteil von 2012 stellte der IGH mehrfache Rechtsverstöße durch Italien fest und führte dazu unter anderem aus, dass die Durchbrechung der Staatenimmunität bei schweren Menschenrechtsverletzungen bzw. schweren Verstößen gegen das Humanitäre Völkerrecht nicht durch das Völkergewohnheitsrecht gedeckt sei.¹⁴⁸

Während das Kassationsgericht sodann 2013 den bisherigen, dem IGH-Urteil entgegengesetzten Rechtsprechungstendenzen einen Riegel vorschob¹⁴⁹ und auch der Gesetzgeber im Jahr 2013 entsprechend tätig wurde, um die italienische Gerichtsbarkeit in den von der IGH-Entscheidung bezeichneten Fällen auszuschließen,¹⁵⁰ rief das mit

die Welt, 2016, S. 123 ff. (insb. 128 ff.); *Oellers-Frahm*, Das italienische Verfassungsgericht und das Völkerrecht – eine unerfreuliche Beziehung, *EuGRZ* 2015, 8 ff.; *Raffeiner*, *ZaöRV* 76 (2016), 451, 456 ff.; *Würkert*, Historische Immunität? Anmerkung zu Sentenza Nr. 238 der Corte Costituzionale vom 22. Oktober 2014, *AVR* (53) 2015, 90; vgl. ferner den Themenschwerpunkt im *Italian Yearbook of International Law* 24 (2014), 9 ff. sowie ferner *Meloni*, Jurisdictional Immunity of States: the Italian Constitutional Court v. the International Court of Justice?, *ZIS* 2015, 348 ff.

146 Art. 3 Legge 14.1.2013, n. 5: Adesione della Repubblica italiana alla Convenzione delle Nazioni Unite sulle immunità giurisdizionali degli Stati e die loro beni, firmata a New York il 2 dicembre 2004, nonché norme di adeguamento dell'ordinamento interno, in: *Gazzetta ufficiale* vom 29.1.2013, n. 24; sowie Art. 1 Legge 17.8.1957, n. 848: Esecuzione dello Statuto delle Nazioni Unite, firmato a San Francisco il 26 giugno 1945, in: *Gazzetta ufficiale* vom 25.9.1957, n. 238 (Suppl. Ordinario n. 2380) und zwar in Bezug auf die Durchführung von Art. 94 der UN-Charta, soweit diese Bestimmung das italienische Gericht zur Anpassung an die Entscheidung des Internationalen Gerichtshof vom 3.2.2012 anhält, wonach es die eigene Gerichtsbarkeit in Bezug auf Handlungen eines ausländischen Staates bezieht, welche Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit – und sohin Verletzungen von unveräußerlichen Grundrechten – darstellen.

147 Das rechtliche Fundament der Schadensersatzverurteilungen war eine 2004 begründete Rechtsprechungstendenz des Kassationsgerichtshofs, welche die Staatenimmunität des Völkergewohnheitsrechts nicht als absolut auffasste. Die Staatenimmunität sollte demnach nicht für Handlungen staatlicher Akteure, welche Völkerrechtsverbrechen darstellen, gelten: grundlegend *Cassazione civile*, Sezioni unite, Urteil vom 11.3.2004, n. 5044 – *Ferrini*, in: *Foro it.* 2007, I, 936 ff.; dieser Rechtsauffassung folgten zwischen 2004 und 2011 zahlreiche Gerichtsentscheidungen (etwa *Cassazione civile*, Sezioni unite, Urteil vom 29.5.2008, n. 14202), die die Bundesrepublik Deutschland zu Schadensersatzleistungen an Opfer des Dritten Reichs wegen schwerer Völkerrechtsverbrechen zwischen 1943 und 1945 verurteilten.

148 IGH, *Jurisdictional Immunities of the State (Germany v. Italy)*, Urteil vom 3.2.2012, *Reports* 2012, S. 99 ff. (insb. §§ 81 ff.).

149 *Cassazione civile*, Sezioni unite, Urteil vom 21.2.2013, n. 4284, in: *Foro it.* 2013, IV, 389.

150 Vgl. insb. Art. 3 Legge 14.1.2013, n. 5 (oben N. 146) zur Durchführung der Urteile des IGH.

mehreren einschlägigen Schadensersatzklagen befasste Landesgericht von Florenz das Verfassungsgericht im Zuge eines Normenkontrollverfahrens an, um das Anpassungsgesetz von 2013 wegen Verstöße gegen die Art. 2 und 24 Cost. anzufechten.

Das Verfassungsgericht lehnt die Geltung völkerrechtlicher Immunität für Völkerrechtsverbrechen ab und stützt sich dabei ausschließlich auf verfassungsrechtliche Argumente, nämlich auf die Controlimiti. Die gesetzlich verankerte Verpflichtung der italienischen Gerichte, sich an das Urteil des IGH vom 3.2.2012 zu halten, verstößt demnach gegen den Grundsatz des gerichtlichen Rechtsschutzes der Grundrechte, der in Art. 2 und 24 der Verf. gewährleistet werden und zur wesentlichen Verfassungsidentität Italiens gehören. Die durch die Befolgung des IGH-Urteils einhergehende, vollständige Aufgabe eines der obersten Prinzipien der italienischen Rechtsordnung, nämlich das Recht auf gerichtlichen Schutz der unveräußerlichen Grundrechte, kann deshalb weder gerechtfertigt noch toleriert werden, wenn dies dem Schutz einer unrechtmäßigen Ausübung von hoheitlichen Handlungen eines ausländischen Staates dient, gerade weil es sich, wie im vorliegenden Fall, um Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit – und sohin um Verletzungen von unveräußerlichen Menschenrechten – handelt.¹⁵¹

V. Ausblick auf die Europäisierung von Strafrecht

Mit Blick auf die Europäisierung des Strafrechts offenbaren die jüngeren Rechtsprechungstendenzen des EuGH ein deutliches Spannungsfeld zwischen dem unionsrechtlichen Vorrang und der Gewährleistung innerstaatlicher Grundrechtstandards.¹⁵² Die Luxemburger Richter unterstreichen den Vorrang und die Wirksamkeit des Unionsrechts, ohne sich gleichzeitig mit den Grenzen des Effektivitätsprinzips zugunsten von nationalen Verfassungstraditionen – und insbesondere den grundrechtssensiblen Materien von Strafrecht und Strafverfahrensrecht – substanziell zu befassen. Dementsprechend wurden in zahlreichen EuGH-Entscheidungen Einwände der Mitgliedstaaten zurückgewiesen, wonach nationale Grundrechtstandards oder Verfassungsprinzipien die Gültigkeit oder Verbindlichkeit von Maßnahmen des Gemeinschaftsrechts beeinträchtigen können.¹⁵³ Die mit der Melloni-Entscheidung an Fahrt aufgenommene

151 Corte Costituzionale, Urteil vom 22.10.2014, n. 238 – Rn. 5.1.

152 Ausführlich zuletzt *Swoboda*, ZIS 2018, 276 ff. m.w.N.

153 Vgl. nur EuGH, Urteil vom 17.12.1970, Rs. C-11/70 – Internationale Handelsgesellschaft, Rn. 3, EuGH, Urteil vom 13.12.1979, Rs. C-44/79 – Hauer, Rn. 14, ECLI:EU:C:1979:290; ECLI:EU:C:1970:114; EuGH, Urteil vom 17.10.1989, Rs. C-97/87 u.a. – Dow Chemical Iberica SA, Rn. 38, ECLI:EU:C:1989:380; EuG, Beschluss vom 2.4.2004, Rs. T-231/02 – Gonelli und AIFO, Rn. 57, ECLI:EU:T:2004:105; EuGH, Urteil vom 10.6.2004, Rs. C-87/02 – Kommission der EG/Italien, Rn. 38, ECLI:EU:C:2004:363; EuGH, Urteil vom 26.10.2006, Rs. C-102/06 – Kommission der EG/Österreich, Rn. 9, ECLI:EU:C:2006:691; EuGH (GK), Urteil vom 8.9.2010, Rs. C-409/06 – Winner Wetten, Rn. 61, ECLI:EU:C:2010:503; EuGH, Urteil vom 15.1.2013, Rs. C-416/10 – Križan u.a., Rn. 70, ECLI:EU:C:2013:8; EuGH, Urteil vom 26.5.2016, Rs. C-273/15 – Ezernieki, Rn. 53, ECLI:EU:C:2016:364.

Entwick
parechtl
spektaki
zum eu
gar eine
Eskalati
satzfrag
beantwo
nicht au
grenzt e
Gleichw
Einwan
die staa
veränitä
des Uni
Erpress
absoluti
tantielle
Dialogfä
des Uni
halten z
Doch vi
scheint c
wird. De
cherweis
bei zent
anerken
letztlich
national

154 Ausf
dell")
Tari
155 So M
EuG
156 Man
157 Ausf
158 Sgub
159 Vgl.
160 Vgl.
der l
Worl
Urte
den
Hara
der I
euro
161 In di

lorenz das
passungs-

ür Völker-
rechtliche
chtung der
n, verstößt
rechte, der
rfassungs-
ergehende,
tsordnung,
chte, kann
nutz einer
en Staates
1 und Ver-
überlichen

Rechtspre-
nsrechts-
ards.¹⁵² Die
es Unions-
zugunsten
ssensiblen
1. Dement-
itgliedstaa-
sungsprin-
schaftsrechts
enommente

tschaft, Rn. 3,
ECLI:EU:C:
1 SA, Rn. 38,
, Rn. 57, EC-
talien, Rn. 38,
er EG/Öster-
inner Wetten,
Rn. 70, ECLI:
C:2016:364.

Entwicklung¹⁵⁴ gipfelte schließlich in der Taricco I-Entscheidung, die zwar aus europarechtlicher Perspektive wegen ihrer Fortführung des Simmenthal-Judikats wenig spektakulär anmuten mag,¹⁵⁵ aber im Strafrecht tiefgreifende Grundsatzdiskussionen zum europäischen Mehrebenenstrafrecht ausgelöst hat. Im Schrifttum wurde darin gar eine Bedrohung für die Zukunft des Europäischen Strafrechts identifiziert.¹⁵⁶ Die Eskalation wurde durch den EuGH vorerst abgewendet, auch wenn zentrale Grundsatzzfragen nach der EuGH-Antwort auf die Vorlagefragen des Verfassungsgerichts unbeantwortet geblieben sind. Ein erneutes Aufflammen des Taricco-Konflikts scheint nicht ausgeschlossen, denn die Lösung des EuGH wurde fallbezogen und zeitlich begrenzt entwickelt.¹⁵⁷

Gleichwohl hat die Taricco-Saga aber gezeigt, welches Potenzial dem Controlimiti-Einwand im Dialog der Höchstgerichte zukommt. Zwar wird mittels Controlimiti an die staatliche Souveränität gegenüber dem Unionsrecht appelliert, sodass die Souveränität des Verfassungsstaates als Bollwerk gegen allzu expansive Tendenzen des Unionsvorranges auftritt.¹⁵⁸ Der Controlimiti-Einwand – der faktisch wohl eine Erpressung mit der Verfassung darstellt¹⁵⁹ – zwingt somit den EuGH, von einer Verabsolutierung des unionsrechtlichen Vorrangpostulats abzurücken und in einen substantiellen Dialog mit den Verfassungsgerichten zu treten. Die Wiederherstellung der Dialogfähigkeit zwischen den Höchstgerichten ist zentral, um wesentliche Vorschriften des Unionsrechts (wie etwa der Verfassungsidentität nach Art. 4 Abs. 2 EUV) mit Inhalten zu füllen und auf diese Weise das Unionsrecht weiterzuentwickeln.

Doch viel wichtiger als dieses Kräfteressen zwischen Verfassungs- und Unionsgericht scheint die inhaltliche Botschaft zu sein, die mit dem Controlimiti-Einwand verbunden wird. Denn die Überzeugungskraft einer Controlimiti-Argumentation öffnet möglicherweise eine Tür, damit der EuGH bestimmte Entwicklungen korrigiert und dabei zentrale Verfassungswerte als bedeutsame Eckpfeiler der Unionsrechtsordnung anerkennt¹⁶⁰ oder spezifischen unionsrechtlichen Anforderungen anpasst,¹⁶¹ sodass letztlich im Dialog der Höchstgerichte das Legitimationsmodell für den Einsatz von nationalem Strafrecht bei der Durchführung von Unionsrecht bzw. zum Schutz von

154 Ausführlich zu dieser Entwicklung *Manacorda*, *Le garanzie penalistiche nei rapporti con il diritto dell'Unione e il problematico ricorso al rinvio pregiudiziale: una lettura contestualizzata del caso Taricco*, in: Bernardi (oben N. 14), S. 177, 188 ff. m.w.N.

155 So Meyer, *JZ* 2018, 304, 308, der sich im Übrigen des Eindrucks nicht erwehren kann, dass es dem EuGH an Sensibilität und Verständnis für die besonderen Verhältnisse des Strafrechts gebricht.

156 *Manacorda*, *NJECL* 2018, 4, 10 m.N.

157 Ausführlich *Swoboda*, *ZIS* 2018, 276, 293 f.

158 *Sgubbi*, in: Manna (oben N. 21), S. 133, 136.

159 Vgl. *Tizzano*, *EuGRZ* 2010, 1, 5 m.w.N.

160 Vgl. EuGH, Urteil vom 14.10.2004, Rs. C-36/02 – Omega, Rn. 33 ff., ECLI:EU:C:2004:614 hinsichtlich der Menschenwürde; EuGH (GK), Urteil vom 11.12.2007, Rs. C-438/05 – International Transport Worker's Federation, Rn. 75 ff., ECLI:EU:C:2007:772 zum Schutz von Arbeitnehmern, sowie EuGH, Urteil vom 14.2.2008, Rs. C-244/06 – Dynamic Medien, Rn. 39 ff., ECLI:EU:C:2008:85 in Bezug auf den Schutz des Kindes als zulässige Einschränkung von Grundfreiheiten; vgl. auch *Di Martino*, in: Haratsch (oben N. 44), S. 35, 53. Demnach hatte etwa das BVerfG wesentlichen Anteil daran, dass der EuGH seine Rechtsprechung zu den Grundrechten verbessert und das Demokratieprinzip in der europäischen Öffentlichkeit problematisiert.

161 In diesem Sinne wohl *Viganò*, *NJECL* 2018, 18, 23 sowie *Sicurella*, *NJECL* 2018, 24, 28, 30.

für die Union essentieller Werte fortentwickelt wird.¹⁶² In der Taricco II-Entscheidung unterstreicht etwa der EuGH ausdrücklich die hohe Bedeutung, „die den die Vorhersehbarkeit, die Bestimmtheit und das Verbot der Rückwirkung der anzuwendenden Strafvorschriften betreffenden Anforderungen des Grundsatzes der Gesetzmäßigkeit im Zusammenhang mit Straftaten und Strafen sowohl in der Rechtsordnung der Union als auch in den nationalen Rechtsordnungen zukommt.“¹⁶³ Controlimiti können damit als substantielle Faktoren für die europäische Integration im Strafrecht fungieren und dem EuGH als Motor der europäischen Integration richtungsweisende Impulse für eine nachhaltige Rechtsprechungsentwicklung liefern, die von Respekt sowohl vor dem Verfassungs- als auch vor dem Unionsrecht getragen ist.

Im Spannungsfeld zwischen dem unionsrechtlichen Vorrang und den verfassungsrechtlich etablierten Grundrechtsimpulsen ergibt sich eine Bandbreite an Gestaltungsmöglichkeiten, wie der Effizienzgedanke des Unionsrechts mit der Förderung der Grundrechte im Raum der Sicherheit, der Freiheit und des (Straf-)Rechts in Einklang gebracht werden kann. Der Rückgriff auf Controlimiti-Argumente soll dabei nur im Sinne einer verfassungsrechtlichen ultima-ratio-Maßnahme der Förderung des Dialogs der Höchstgerichte eingesetzt werden¹⁶⁴ und letztlich das Unionsrecht in der Entwicklung des europäisierten Strafrechts für die zentralen Garantien nationaler Strafrechtstraditionen sensibilisieren. Deshalb liegt es einerseits an den Verfassungsgerichten, auf den Controlimiti-Einwand behutsam und mit Zurückhaltung zurückzugreifen, und andererseits am EuGH, von absoluten Argumentationsmustern zum unionsrechtlichen Effizienzprinzip abzurücken und zur Stärkung des Grundrechtsschutzes im Strafrecht auch substanziell in den Dialog der Höchstgerichte einzutreten.

162 Vgl. EuGH (GK), Urteil vom 5.4.2016, Rs. C-404/15 u. C-659/15 – Aranyosi u. Căldăraru, ECLI:EU:C:2016:198. In dieser Entscheidung hatte der EuGH nach *Swoboda*, ZIS 2018, 276, 290, den guten Willen gezeigt, um die Sorgen des BVerfG um die Wahrung der Menschenwürde im Rechtshilfungsverfahren bei Maßnahmen der gegenseitigen Anerkennung zu besänftigen. In der Taricco II-Entscheidung des EuGH hat er den Gesetzmäßigkeitsgrundsatz als Teil der gemeinsamen Verfassungstraditionen der Mitgliedstaaten ausdrücklich anerkannt (Rn. 53) und den Anwendungsvorrang des Unionsrechts zurückgenommen, wenn ein Kerngrundsatz der nationalen Verfassungsordnung verletzt sei: „Sollte das nationale Gericht zur Auffassung gelangen, dass der Verpflichtung, die einschlägigen Vorschriften des Strafgesetzbuchs unangewendet zu lassen, der Grundsatz der Gesetzmäßigkeit im Zusammenhang mit Straftaten und Strafen entgegensteht, wäre es somit nicht verpflichtet, dieser Verpflichtung nachzukommen, selbst wenn dadurch einer mit dem Unionsrecht unvereinbaren nationalen Sachlage abgeholfen werden könnte.“; vgl. nur EuGH (GK), Urteil vom 5.12.2017, Rs. C-42/17 – M.A.S. u. M.B., Rn. 61, ECLI:EU:C:2017:936.

163 So EuGH (GK), Urteil vom 5.12.2017, Rs. C-42/17 – M.A.S. u. M.B., Rn. 51, ECLI:EU:C:2017:936.

164 Ebenso *Woelk*, ZÖR 68 (2013), 531, 559.